

**4. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 27. Januar 2011
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.20 Uhr**

Anwesend sind: 44 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Daniel Dähler, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Alexandra Kämpf, 5. Urs Knapp,
6. Dr. Max Pfenninger, 7. Daniel Probst, 8. Thomas Rauch, 9. Andreas Schibli,
10. René Wernli, 11. Christian Wüthrich

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Corinne Bader, 3. Ramazan Balkaç, 4. Rolf Braun,
5. Lukas Derendinger, 6. Huguette Meyer Derungs, 7. Dr. Rudolf Moor, 8. Daniel Schneider,
9. Luzia Stocker Rötheli, 10. Dr. Arnold Uebelhart, 11. Dieter Ulrich

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Patrick Kissling,
5. Roland Rudolf von Rohr, 6. Marcel Steffen

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou, 2. Marlène Wälchli Schaffner

Grünliberale Partei:

1. Simon Haller

Grüne Olten:

1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Anita Huber, 4. Sandra Näf, 5. Theo Schöni,
6. Patrick Weibel, 7. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. André Köstli, 3. Domenico Maiolo, 4. Dr. David Wenger,
5. Christian Werner, 6. Gert Winter

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Dr. Martin Wey, Vize-Präsident, Baudirektion
Mario Cematide, Direktion Bildung und Sport
Peter Schafer, Direktion Soziales
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Öffentliche Sicherheit
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion

Beat Berger, Rektorat

Stefan Hagmann, Rechtskonsulent

Ueli Kleiner, Direktion Bildung und Sport

Entschuldigt abwesend:

Nadja Fleischli

Stefan Nünlist

Werner Good

Thomas Marbet

Thomas Pfluger

Markus Flury

Vorsitz: Heinz Eng

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

- 9.3. Postulat Daniel Dähler (FdP) und Mitunterzeichnende betr. klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2025 (eingereicht am 28.01.2010/erstmalig traktandiert am 16.09.2010, zweites Mal am 18.11.2010, drittes Mal am 16.12.2010)
- 9.4. Motion GPK für auftragsorientierte Kompetenzen der GPK (eingereicht am 25.03.2010/ erstmalig traktandiert am 16.09.2010, zweites Mal am 18.11.2010, drittes Mal am 16.12.2010)
- 9.5. Motion Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Ausbau der Aufsichtsinstrumente (eingereicht am 25.03.2010/erstmalig traktandiert am 18.11.2010, zweites Mal am 16.12.2010)
- 9.6. Motion Anna Engeler und Myriam Frey (GO) betr. Würdigung an den erfolgreichsten Sportler der Stadt Olten (eingereicht am 24.06.2010/erstmalig traktandiert am 18.11.2010, zweites Mal am 16.12.2010)
- 9.7. Interpellation Stephan Hodonou (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Situation und Strategie spezielle Förderung in den Geleiteten Schulen der Stadt Olten (eingereicht am 16.09.2010/erstmalig traktandiert am 18.11.2010, zweites Mal am 16.12.2010)
- * 9.8. Interpellation Rolf Braun (SP) und Mitunterzeichnende betr. Realisierung von Unterständen bei den Bushaltestellen (eingereicht am 20.05.2010/erstmalig traktandiert am 16.12.2010)
- * 9.9. Interpellation Felix Wettstein (GO) betr. Hauptstrassenführung in Olten, Sälikreisel bis Unterführungsstrasse (eingereicht am 20.02.2010/erstmalig traktandiert am 16.12.2010)
- * 9.10. Interpellation Huguette Meyer (SP) und Mitunterzeichnende betr. Verkehrsmanagement Winkelunterführung, Ecke Tannwaldstrasse, Einfahrt Parking FHNW (eingereicht am 20.05.2010/erstmalig traktandiert am 16.12.2010)

- * 9.11. Motion Nadja Fleischli und Daniel Dähler (FDP) und Mitunterzeichnende betr. Olten in Top Five der Velostädte der Schweiz (eingereicht am 20.05.2010/erstmalig traktandiert am 16.12.2010)
- * 9.12. Postulat Thomas Marbet (SP), René Wernli (FDP) und Marcel Steffen (CVP) und Mitunterzeichnende betr. Feuerwehrdienst der Angestellten der Einwohnergemeinde Olten (eingereicht am 20.05.2010/erstmalig traktandiert am 16.12.2010)
- * 9.13. Interpellation Luzia Stocker (SP) betr. Fahrplan BOGG Buslinie 3 östliche Schlaufe (eingereicht am 16.09.2010/erstmalig traktandiert am 16.12.2010)
- * 9.14. Postulat SP-Fraktion betr. Verbesserung der Kundeninformation im öffentlichen Lokalverkehr (eingereicht am 16.09.2010/erstmalig traktandiert am 16.12.2010)
- * 9.15. Motion Stephan Hodonou (EVP) und Mitunterzeichnende betr. Schaffung einer Liegenschaftsstiftung Olten Ost (eingereicht am 17.11.2010/neu traktandiert)
- * 9.16. Interpellation Daniel Schneider (SP) und Mitunterzeichnende betr. Kommunikation der Stadt (eingereicht am 16.09.2010/neu traktandiert)

- * aus Zeitgründen nicht behandelt

* * *

Parlamentspräsident Heinz Eng: Sehr geehrte Frau Stadträtin, Herren Stadträte, Herr Stadtschreiber, Stadtkanzlei-Team, werte Gäste und werte Vertreterinnen und Vertreter der Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können anfangen, das Quorum ist erreicht. Wir starten zeitgerecht, damit wir dann auch wieder einmal aufhören können.

* * *

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2011

Akten-Nr. 46/4

Prot.-Nr. 59

Dringliche Motion Stephan Hodonou (EVP), Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Zwischenstopp bei der Speziellen Förderung und der altersgemischten Eingangsstufe in der Stadt Olten/Beantwortung

Am 17. Januar haben Stephan Hodonou (EVP), Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss dringlich eingereicht:

„Der Stadtrat wird aufgefordert, die Einführung der geplanten Projekte Spezielle Förderung und Einführung einer altersgemischten Eingangsstufe zu sistieren, bis dass der Kanton klare Rahmenbedingungen in einer Verordnung erlassen hat und städtische Kleinklassen geschaffen worden sind, welche die problematischen Nebenerscheinungen der geplanten Projekte auffangen können.

Zur Dringlichkeit:

Das neue Schuljahr beginnt am 16. August 2011, doch die Pensenplanung hat bereits jetzt zu erfolgen. Aufgrund des Vetos im Kantonsrat am 15. Dezember 2010 besteht eine Unsicherheit, was die gültigen Planungs- und Umsetzungsmassnahmen für die Spezielle Förderung aber auch für die altersgemischte Eingangsstufe betrifft. Ein parlamentarischer Entscheid für einen Zwischenstopp zum jetzigen Zeitpunkt gäbe allen Beteiligten frühzeitig mehr Klarheit über den weiteren Weg und würde sicherstellen, dass allfällige Anpassungen bei den Pensenanträgen beim Amt für Volksschule und Kindergarten (AVK) termingerecht eingereicht werden könnten.

Begründung:

1. Am 15. Dezember 2010 hat der Kantonsrat sein Veto betreffs der Umsetzung der Speziellen Förderung eingelegt, weil die kantonalen Rahmenbedingungen für eine Umsetzung ungenügend waren. Der Stadtrat gedenkt jedoch gemäss seiner Orientierung vom 16. Dezember 2010 an der geplanten Einführung sowohl der Speziellen Förderung als auch der Eingangsstufe (altersgemischte 1. und 2. Klasse) auf August 2011 festzuhalten.

2. Die geplante Einführung erfolgt vorauseilend, ohne dass ein Zwang bestünde, sie auf diesen Sommer umzusetzen. Zudem fehlt der Stadt eine Referenzgemeinde sowohl für die Spezielle Förderung als auch für die Eingangsstufe, welche für die Stadt Olten relevant wäre. Bis zum heutigen Tag verfügen die betroffenen Lehrpersonen nicht über die notwendigen Informationen für eine Umsetzung. Das hat zur Folge, dass sämtliche Fehler, welche gemacht werden können auch gemacht werden, weil man auf keine relevanten Erfahrungen und Informationen zurückgreifen kann. Ein solches Vorgehen verursacht hohe Kosten, frustriert die Lehrpersonen und verunsichert Eltern und die betroffenen Kinder.

3. Die vorgesehene Umsetzung der geplanten Projekte kann eine gleichwertige Förderung lernstarker Kinder oder Kinder mit kleineren Defiziten, wie sie zurzeit besteht (z. B. mit dem Instrument der Begabtenförderung), nicht garantieren. Die bisher gemachten Erfahrungen

mit der Speziellen Förderung insbesondere auf der Rechten Aareseite haben gezeigt, dass sich disziplinarische Probleme in schwierigen Klassen eher verschärfen, so dass die Lehrpersonen systemisch überfordert werden. Für diese Situationen braucht es als flankierende Massnahme permanente städtische Kleinklassen, welche schwierige Schülerinnen und Schüler zeitweise betreuen und so ein optimales Lernklima in der Regelklasse ermöglichen. Die vorzeitige Umsetzung der geplanten Projekte lässt lernstarke Kinder ohne effizienten (Lern)Schutz.

4. Die vorzeitige Umsetzung der beiden Projekte setzt Kinder, Lehrpersonen und Eltern unnötig unter Druck, da vor allem auf der Primarschulstufe mit dem Übertritt in die Sek P oder der Einführung des Frühfranzösischs auf den Sommer 2011 genügend Reformprojekte anstehen, welche alle Beteiligten mehr als genug fordern werden. In einer solchen Situation ist eine freiwillig vorzeitige Umsetzung der Speziellen Förderung und einer altersgemischten Eingangsstufe strategisch nicht ratsam.“

- - - - -

Stadtrat Mario Clematide beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Zur Dringlichkeit:

Der Stadtrat stimmt der Dringlichkeit zu. Nicht, weil die Pensenplanung jetzt zu erfolgen hat, sondern wegen der unsicheren Situation aufgrund des angenommenen kantonsrätlichen Vetos zur Vollzugsverordnung in Sachen Spezieller Förderung. Die Abteilungsbewilligung für das Schuljahr 2011/12 liegt seit Dezember 2010 vor. Sie führt zu den günstigen Umsetzungsbedingungen (kleine Klassen, grosszügiger Lektionenpool für die Realisierung der Speziellen Förderung), wie sie im verteilten Communiqué anlässlich der Dezembersitzung enthalten sind.

Zum Inhalt:

1. Erwägungen

a) Geschichtliches

2007 hat der Kantonsrat das Volksschulgesetz geändert und damit die Grundlagen in Sachen Spezielle Förderung und Sonderpädagogik gelegt. **Spezielle Förderung bedeutet im Wesentlichen die Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Teilleistungsschwächen (z. B. sprachlicher oder mathematischer Art), die Förderung von besonders begabten Schülerinnen und Schülern und die Integration der bisherigen Kleinklassenschülerinnen und Schüler in die Regelklassen.** Das Referendum wurde nicht ergriffen. Die Inkraftsetzung wurde ursprünglich für Beginn des Schuljahres 2010/11 vorgesehen, dann aber auf Beginn des Schuljahres 2011/12 verschoben. Mit der Verschiebung sollte eine umfassendere Mitwirkung der Beteiligten an den Vorbereitungsarbeiten ermöglicht werden.

b) Zur Strategie der Schule Olten in Sachen Spezielle Förderung

Die Schule Olten ist der grösste Schulträger im Kanton Solothurn. Er wird nach dem vom Gemeindeparlament grossmehrheitlich verabschiedeten Konzept der geleiteten Schule geführt. Mit dem Heilpädagogischen Schulzentrum (HPSZ) verfügt die Stadt Olten über ein Kompetenzzentrum in Sachen Sonderpädagogik und Spezieller Förderung. Im Wissen um die systemimmanente Trägheit des Systems Schule hat der Stadtrat die Direktion Bildung und Sport beauftragt, ein lokales Konzept zur Speziellen Förderung auszuarbeiten und

schrittweise umzusetzen. Es sollte dabei auf die zu erwartenden kantonalen Vorgaben Rücksicht genommen werden. Im Zuge dieser Entwicklung sind die beiden Schulhäuser Bifang und Säli als Erfahrungsstandorte bestimmt und die dortigen Kleinklassen schrittweise aufgehoben worden. Es wird also in Olten bereits integriert unterrichtet und es werden Erfahrungen gesammelt, die ins definitive lokale Konzept einfließen werden.

c) Zum gutgeheissenen kantonsrätlichen Veto in Sachen Spezieller Förderung
Mit deutlicher Mehrheit hat der Kantonsrat am 15. Dezember 2010 das Veto zur Vollzugsverordnung zum Volksschulgesetz zur Speziellen Förderung angenommen. Mit Ausnahme vor allem der Vertreter der SVP blieb der gesetzliche Auftrag unbestritten. Wesentliche Gründe für den Unmut waren die unprofessionelle Projektleitung seitens des AVK, die fehlende Transparenz hinsichtlich finanzieller Auswirkungen und die Ansicht, dass der vom Kanton subventionierte Stundenpool für die Umsetzung zu gering sei.

d) Weiteres Vorgehen des Departementes für Bildung und Kultur des Kantons Solothurn
Das DBK wird dem Regierungsrat vorschlagen, dass dem Kantonsrat vorderhand keine neue Vollzugsverordnung vorgelegt wird. Es soll vielmehr ein auf 4 Jahre angelegter Schulversuch (2011-2015) auf der Basis der bereits bewilligten Abteilungsbeiträge durchgeführt werden. Der Schulversuch wird extern wissenschaftlich begleitet und soll es ermöglichen, nach 3 Jahren die unter c) gestellten offenen Fragen zu beantworten. Dieser Entscheidung wurde auch im Hinblick darauf gefällig, dass bereits gegen 70 % der solothurnischen Schulträger integriert unterrichten und 90% ihre Pensenplanung für das Schuljahr 2011/2012 darauf ausgerichtet haben.

2. Zu den einzelnen Begründungen der Motion

Begründung 1 Stadträtliches Festhalten an der geplanten Einführung

1./2. Klasse altersgemischt: Der in der Motion verwendete Begriff „altersgemischte Eingangsstufe“ ist irreführend. Im Kanton Solothurn ist keine Eingangsstufe (Kindergarten und Unterstufe gemischt in der gleichen Lerngruppe) vorgesehen. An der Schule Olten trägt man mit dem altersgemischtem Lernen auf der Unterstufe (1. und 2. Klassen) der Tatsache Rechnung, dass die Einführungsklassen aufgehoben werden, die entsprechende Schülerschaft aber vorhanden ist. Mit dem altersgemischtem Lernen kann die Schule Olten den individuellen Lern- und Entwicklungstempi von Schülerinnen und Schülern gerecht werden. Die Unterstufe dauert in der Regel 2 Jahre. Beschleunigung (nur 1 Jahr) oder Verzögerung (3 Jahre) ist möglich.

Altersgemischtes Lernen ist kein Experiment. An allen Kindergärten und an den Einführungsklassen wird/wurde entsprechend unterrichtet. Die Schüler/innen sind an altersgemischtes Lernen gewöhnt und die Kompetenzen an den Schulen sind vorhanden oder können im Hinblick auf den Schuljahresstart 2011 aufgebaut werden.

Begründung 2 Einführung erfolgt vorseilend, ohne dass ein Zwang besteht

Wie oben („Geschichtliches“) aufgeführt, besteht seit mehreren Jahren der gesetzliche Auftrag, die Spezielle Förderung umzusetzen. Dabei stehen weitere Reformen und Projekte in der Umsetzung oder sind geplant. Die Analyse dieser Ausgangslage hat dazu geführt, den gemeinsamen Nenner dieser Reformen zu definieren und Synergiepotenziale aufzuspüren. Dies hat die Schulleitungskonferenz im Jahr 2008 getan und die Entwicklungsschwerpunkte an der Schule Olten entsprechend festgelegt:

- Unterrichtsentwicklung
- Veränderungen im Berufsbild von Lehrpersonen
- Unterrichtsbezogene Zusammenarbeit unter Lehrpersonen

Seit 2008 befasst sich die Schule Olten intensiv mit diesen Themen. Als einer der vielfältigen Bezüge zwischen den einzelnen Reformen und Projekten sei als Beispiel genannt:

Spezielle Förderung/Sek I-Reform: Die Individualisierung innerhalb der Speziellen Förderung zielt darauf ab, die Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler für ihr Lernen zu stärken. Auf der neuen Sek I-Stufe findet dies seine Entsprechung in einem neuen Unterrichtsgefäss: dem selbstgesteuerten Arbeiten (1-3 Wochenlektionen an der Sek E und B).

Den Übergang zur Speziellen Förderung im Hinblick auf den feststehenden Start 2010 (später verschoben auf 2011) kann eine grosse Schule wie Olten nicht in einem halben Jahr vollziehen. Vielmehr bedeutet ein verantwortungsvoller Umgang mit diesen Gegebenheiten, sich rechtzeitig auf den Weg zu machen. Genau dies ist an der Schule Olten geschehen: Unterrichtsentwicklung in Unterrichtsteams, gezielte Weiterbildungsimpulse, Erarbeitung eines Übergangskonzepts, Umsetzung der Speziellen Förderung an 2 Erfahrungsstandorten, weitere Konzeptarbeit im Hinblick auf den Start 2011, Schülerzahlen in Klassenplanung für 011/2012 an der unteren Grenze, genügend Unterrichtslektionen für die Spezielle Förderung.

Die Schule Olten hat sich rechtzeitig eine gute Ausgangsbasis für die Umsetzung der Speziellen Förderung erarbeitet, vor Fehlern sind wir nicht gefeit, es kann aber sicher ausgeschlossen werden, „dass sämtliche Fehler, die gemacht werden können, gemacht werden“.

Begründung 3 Häufung disziplinarischer Probleme

Disziplinarische Probleme an allen Schulen (nicht nur in Olten und nicht nur auf der rechten Aareseite) sind als sehr wichtiges Thema erkannt. Gute Schulen zeichnen sich dadurch aus, dass sie wirkungsvoll damit umgehen. Das Kriterium „effiziente Klassenführung“ ist mit das wichtigste der 10 bekannten Kriterien für guten Unterricht. Die Kompetenz der Schule Olten in diesem Bereich stärken wir durch Unterrichtsentwicklung, Support durch Schulsozialarbeit, den Schulpsychologischen Dienst, den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst und durch die zeitweise Anwesenheit eines schulischen Heilpädagogen (Fachperson für Schulschwierigkeiten). Durch die Anwesenheit des schulischen Heilpädagogen, der schulischen Heilpädagogin im Unterricht ergibt sich eine Verbesserung der Unterrichtssituation. Die Klassenführung kann verbessert werden und Lehrpersonen nehmen gelingende Zusammenarbeit im Klassenzimmer als entlastend wahr.

Die Vorstellung, dass sich durch die Spezielle Förderung disziplinarische Probleme verschärfen, ist generell nicht haltbar: Ebenso ist es generell nicht so, dass in der Regel Teilleistungsschwächen verantwortlich sind für die Verhaltensauffälligkeit von Schülerinnen und Schülern. Dieser Sachverhalt ist an den Erfahrungsstandorten Bifang und Säli bestätigt worden: von insgesamt 34 speziell geförderten Schülerinnen und Schülern sind 32 gut in die Klassen integriert und „von aussen“ betrachtet nicht als speziell geförderte wahrnehmbar. Zwei verhielten sich auffällig und erforderten disziplinarische Massnahmen.

Als flankierende Massnahme städtische oder regionale Kleinklassen vorzusehen, wie dies die Motionäre nahelegen, ist Teil des entstehenden Konzepts. Dieser Impuls ist bereits aufgenommen.

Begründung 4 Umsetzung setzt Kinder, Lehrpersonen und Eltern unter Druck

Für das Schuljahr 2011/2012 sind mehrere Projekte und Reformen umzusetzen: Spezielle Förderung, Sek I-Reform, Französisch in der 3. Klasse. Wie oben (Begründung 2) aufgezeigt, stehen diese nicht isoliert nebeneinander da, sondern es gibt vielfältige Bezüge. Die Vorstellung, die einzelnen Teile getrennt nacheinander additiv umzusetzen, ohne die zahlreichen Bezüge zu nützen, ist nicht oekonomisch.

Wir wissen, dass die Lehrpersonen belastet sind und wir sind uns bewusst, wie wichtig ihr Beitrag für das Gelingen der Projekte ist. Wir tragen dieser Tatsache Rechnung, indem wir Schritt für Schritt vorgehen, gemäss den Bedingungen und dem Entwicklungsstand an unserer Schule. Dass Veränderungen nicht ohne Irritationen verlaufen können, ist klar. Hier wollen wir Sicherheit vermitteln, indem wir am eingeschlagenen Weg festhalten und nicht bereits wieder die Richtung wechseln. Wir wollen dafür sorgen, dass die Reformen im Unterricht ankommen und dass sie unseren Schülerinnen und Schülern zu Gute kommen.

3. Antrag des Stadtrates

Im Sinne des geschichtlichen Rückblickes und der Erwägungen empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Motion nicht zu überweisen. Die Direktion Bildung und Sport soll am vierjährigen Schulversuch des DBK teilnehmen und ihren Einfluss als grösster Schulträger des Kantons massgebend geltend machen. Lokal soll der Schulversuch durch die Schulkommission als Fachkommission eng begleitet werden.

- - - - -

Stephan Hodonou: Ich habe mir viel überlegt, was ich heute sagen soll, und es gäbe sehr viel zu sagen. Mir stehen aber nur 15 Minuten zur Verfügung. Deshalb habe ich mich auf einige Punkte beschränkt. Der Stadtrat hat gestern eine Antwort zu dieser Motion verteilt und das Geschäft auch mit der Beantwortung meiner Interpellation verknüpft. Ich habe die Antwort gelesen. Es steht viel darin. Aber mich hat bei beiden etwas gestört, dass vieles relativ offen gelassen wird. Meiner Meinung nach werden wenige Aussagen gemacht, die irgendwie sagen könnten, dies sei jetzt ein Versprechen dafür, wie es weiter geht oder was überprüft werden kann. Weiter werden einige Punkte auch gar nicht angesprochen. Ich möchte nur zwei ansprechen, die nicht oder nicht sehr ausführlich vorkommen oder wo man konkrete Angaben mitnehmen könnte. Ein Punkt ist, wie es rundum mit der Begabtenförderung weiter geht. Dort fehlt mir etwas. Es ist wie ein blinder Fleck. Der Stadtrat hat aber auch nach dem Veto des Kantonsrates eine Mitteilung veröffentlicht, wie es weiter geht. Unter anderem schrieb er: „Wir wissen, dass es eine Grenze der Integrierbarkeit von verhaltensauffälligen und verwahrlosten Schülerinnen gibt. Wir werden diese Grenze definieren und den Support in belasteten Situationen ausbauen“. Auch zu diesem wichtigen Punkt findet man sehr wenig Konkretes und Verbindliches. Es ist nicht gesagt, in welchem Zeitrahmen es gemacht wird, wie es ungefähr aussehen wird und was man sich vorstellen könnte. Es wird relativ offen gelassen. Was bewegt mich zu dieser Motion? Ich möchte vor allem zu Euch Parlamentarierinnen und Parlamentarier sprechen. Ich rede jetzt als Vater mehrerer Kinder, von denen zwei zur Schule gehen. Ich rede als Lehrer, als Einwohner von Olten und auch als Parlamentarier und nicht zuletzt als Mensch. Ich möchte es einfach exemplarisch an dem Ort festmachen, wo ich es gut sehe oder etwas besser einsehen konnte, auch bei Beispielen in meinem Quartier und Umgebung. Ich möchte Euch einige Muster erzählen, einfach Ereignisse, die passiert sind, ohne einen Vorwurf an Personen zu richten und zu sagen, sie hätten etwas falsch gemacht, sondern es zeigt einfach die Schwierigkeit und die Bandbreite. Was ist passiert? Man hat begonnen, das Konzept spezielle Förderung umzusetzen. Ich möchte sagen, dass ich überhaupt nicht gegen spezielle Förderung bin. Aber durch die Umsetzung, dass Leute immer mehr in eine Regelklasse integriert werden, gibt es in dieser Klasse mehr Aktivität, weil mehr Leute kommen und gehen und mehr läuft. Gerade auf der rechten Aareseite hat es schon vor der speziellen Förderung disziplinarische Schwierigkeiten gegeben. Diese Sachen haben zugenommen. Das hat man am Beispiel meines Sohnes gut gesehen. Er war in der 1. Klasse, wo es relativ harmonisch und paradiesisch zugegangen ist. Nachher sind verschiedene Massnahmen zum Tragen gekommen. Wie hat das ausgesehen? Es hat sich

an verschiedenen Orten gezeigt. Es ist unruhig und wilder geworden. Das Turnen ist zum Beispiel plötzlich ein Problemfach geworden. Es ist soweit gekommen, dass man beispielsweise an einem Tag nicht mehr turnen konnte. Dann ist einfach nicht mehr geturnt worden. Man ist dann halt in den Vögelgarten oder Wald spazieren gegangen. Das ist etwas, das meiner Meinung nach nicht passieren darf. Die Lehrpersonen haben gekämpft und es gut gemacht. Aber sie sind an die Grenzen ihrer Energie, die sie zur Verfügung hatten, gekommen. Sie sind so sehr an die Grenzen gekommen, dass sie am Schluss der zwei Jahre nicht mehr die Kraft hatten. Wir haben versucht zu unterstützen und haben gesehen, dass es schwierig ist. Es ist kein Vorwurf. Meiner Meinung nach darf es aber nicht sein, dass in dieser Stadt Sachen, die auf dem Stundenplan stehen, nicht mehr stattfinden. Nicht nur das ist ausgefallen, sondern zum Beispiel ist aus mir nicht ganz bekannten Gründen auch Musikgrundschule während eines Quartals quasi fast komplett ausgefallen. So hat man gewusst, dass diese Klasse schwierig ist. Dann ist sie weiter gegangen. 3. Klasse: Neue Lehrpersonen, neue Chance, Neustart. Wir dachten alle: Jawohl, jetzt versuchen wir es weiter. Es ist eine schwierige Klasse. Wir haben es gewusst, und man hat es auch gemerkt. Aber es hat sich nicht gelegt, und ist in diesem Sinne weiter gegangen. Es war für alle spürbar und hat nach meiner Interpretation dazu geführt, dass nach den Herbstferien eine Lehrperson einfach relativ rasch krank geworden ist. Seit diesem Zeitpunkt hatte diese Klasse verschiedene Stellvertretungen. Sie hat im Sommer die 3. Klasse begonnen und seit noch nicht ganz einem halben Jahr die dritte Stellvertretung. Das ist nicht optimal. Weshalb sage ich dies? Man kann sagen: Das ist mein Sohn. Es geht mir nicht wirklich darum. Dort sehe ich es einfach sehr gut. Jetzt kann ich das Positive erwähnen. Zum Glück bleibt die Stellvertretung scheinbar noch weiter, damit wenigstens nicht noch eine vierte kommt. Ich sehe die vorhandene Bemühung. Es ist eine Interpretation. Aber man weiss nicht genau, weshalb die Lehrperson krank ist. Sie hat keinen Beinbruch und auch keine Grippe. Aber dort beginnt die Fantasie zu wirken. Die Kinder machen sich auch Überlegungen. Dann gibt es noch weitere. Dort kommen wir an den Punkt. Wenn man jetzt gerade in dieser Schule schaut, macht man plötzlich Feststellungen. Für meine Begriffe ist eine recht hohe Anzahl Personen krank. In der gleichen Klasse hat man ein Jahr lang auf eine andere Lehrerin gewartet. Es war auch eine Stellvertretung. Wie ich vernommen habe, hat die Stellvertretung auch gekündigt. Dort gibt es wahrscheinlich wieder eine neue Person. Das ist nicht nur dort so. Ich spreche jetzt von schwierigen Klassen. Das gebe ich zu. In einer anderen, auch schwierigen Klasse, wo ich nicht irgendwie beteiligt bin, sind mindestens zweimal im Unterricht Stühle geflogen. Die Lehrperson, die dann auch an die Grenze gekommen ist und nicht mehr weiter gewusst hat, weil es eine dermassen schwierige Situation war, hat dann Hilfe bei der Stadt, der Schulleitung gesucht. Scheinbar hat sich auch nach mehreren Gesprächen keinen oder für ihre Begriffe ungenügenden Support erhalten, so dass diese Person in der Probezeit kündigen musste. Sie war neu und motiviert an diese Schule gekommen und hat dann vor Ablauf der drei Monate gesagt: Wenn es so ist und ich keine Hilfe erhalte, muss ich gehen. Dann hat auch diese Klasse wieder eine Stellvertretung erhalten, die wieder so geschwächt oder krank ist, dass es jetzt mehrmals oder während längerer Zeit so war, dass sie in die Schule kommt, die Kraft dieser Lehrperson dann für zwei Stunden reicht und sie wieder nach Hause gehen muss. Diese Klasse hatte zum Teil am Nachmittag mehrere Male einfach nicht Schule. Aber es steht auf dem Stundenplan. Das sind für mich Zustände, wie es nicht passieren darf. Egal was ist, aber es darf nicht sein, dass man zum Beispiel nicht mehr turnt oder die Schule ausfällt, auch wenn es auf dem Stundenplan steht. Ich habe einfach einige Beispiele gebracht. Jetzt habe ich davon gesprochen, was äusserlich geschehen ist. Ich möchte jetzt Beispiele der Kinder nehmen. Die Unruhe und die disziplinarischen Schwierigkeiten dieser zum Teil verwahrlosten und verhaltensauffälligen Kinder – ich möchte auch betonen, dass dies nicht unbedingt die integrierten sind – führen dazu, dass Kinder sich nicht mehr wohlfühlen. Es gibt Kinder, die sich bedroht fühlen. Es gibt Kinder, die Angstträume haben. Es gibt Kinder, die nicht mehr gerne in die die Schule gehen, die nicht mehr gerne in die 2. und 3. Klasse gehen. Wenn Kinder nicht mehr gerne in die 2. und 3. Klasse gehen, stimmt etwas nicht, und dann ist es gefährlich. Wenn man ihnen schon in der 2. Klasse den „Schulverleider“ macht, stimmt

meiner Meinung nach etwas nicht. Die Eltern merken dies auch, weil die Kinder nach Hause kommen und erzählen: Die Lehrkraft kommt nicht mehr. Sie ist irgendwie krank. Man weiss nicht genau weshalb. Dann fangen sie an zu fantasieren und sagen: Sie hat Krebs. Dann sagen die Eltern: Nein, wahrscheinlich schon nicht. Aber wir wissen es auch nicht. Ich weiss von einem Kind ganz konkret, dass es aufgrund dieser Schwierigkeiten, Unruhe, Bedrohungssituationen und dem Gefühl, man können nicht mehr lernen, Migräneattacken hat. In den Ferien verschwinden sie, nach dem Neujahr, kaum geht es los, kommen sie wieder. Ich habe selber Schulbesuche gemacht und habe in einer Klasse gesehen, dass die Lehrperson wirklich das Beste gegeben und gekämpft hat. Ich habe mir gedacht, ich möchte diese Klasse nicht führen müssen und käme an die Grenzen, und ich bin Lehrer. Diese Person hat während rund einer Viertelstunde versucht, eine Zweierreihe hinzubringen. Ich habe zugeschaut. Niemand hat mehr zugehört. Am Mittagstisch habe ich meinen Sohn gefragt: Was denkst Du, wer ist in Eurer Klasse noch bemüht, konzentriert zu arbeiten? Er hat mir drei Namen von 20 genannt. Drei Namen von 20. Es waren genau diejenigen, die ich selber auch beobachtet hatte. Wenn ein Kind, das lernen will, das bereit und motiviert ist, eine halbe Lektion lang die Hand hochhalten muss, weil es weitere Anweisungen braucht, aber die Lehrperson einfach keine Kapazität hat, dorthin zu kommen, um die nächsten Anweisungen zu geben, kann dies doch nicht sein. Ein anderes Kind aus der Nachbarschaft ist ein Mädchen, das auch die 2. Klasse besucht. Es ist sehr gefitzt, intelligent, aufgestellt und begabt. Es kann schon extrem viel. Aber es sagt: Mir ist todlangweilig in der Schule. Das einzige Highlight, das es hat, sind zwei Lektionen Begabtenförderung am Mittwochvormittag. Darauf freut es sich. Das ist seine Insel. Dort kann es altersgemischt mit anderen, die auch in der Begabtenförderung sind, selbstständig arbeiten. Sie machen sehr gute Sachen. Ich möchte der Lehrperson einfach wieder ein Kränzchen winden. Im Moment bauen sie zum Beispiel Elektromotoren. Das ist ganz genial. Sie freuen sich darauf. Aber jetzt weiss das Mädchen, das genau dieses Gefäss untergeht. Welches ist das Empfinden der Lehrpersonen? Sie sagen mir, dass sie auch an die Grenzen kommen und das Gefühl haben, zu wenig Support zu erhalten und wenn sie Probleme haben, hingehalten und getröstet werden, dass weggeschaut und verharmlost wird. Das erleben auch Eltern und Kinder. Ich spreche zu Euch Parlamentarierinnen und Parlamentarier: Was macht Ihr hier, damit dies in der Schule nicht passiert? Sagt Ihr auch? Es kommt schon gut. Wir warten, bis Solothurn in vier Jahren wissen wird, was passiert. Oder sagt Ihr? Wir haben ein solches Supersystem. Unser Konzept kann nicht sinken. Wir haben einen Dampfer, der nicht sinken kann, da er so gut ist und alles auffängt. Er kann allem trotzen. Oder klopft Ihr auf die Schulter und sagt: Weissst Du, es kommt dann schon gut? Oder übernehmen wir Verantwortung und fällen einen Entscheid, dass wir diese Sachen nicht wollen, dass wir flankierende Massnahmen schaffen, dass jedes Kind, das lernen will, lernen kann und einen Rahmen hat, dass dies passiert? Wir können dies heute in die Hand nehmen. Wir haben diese Kompetenz. Wir müssen nicht auf irgendjemanden warten. Heute können wir einen Entscheid fällen. Wir können selber denken und müssen nicht warten, bis der Kanton für uns gedacht hat, und wir können für unsere Stadt entscheiden. Ich möchte Euch auffordern, dies heute zu tun, dass wir dort einen Entscheid fällen und einen Boxenstopp, wo wir nicht anhalten können.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Die 15 Minuten sind vorbei. Zum allgemeinen Verständnis: 15 Minuten sind die Redezeit, um die Interpellation, Motion oder das Postulat zu erklären. Es ist aber möglich, dass Du länger sprechen kannst. Dies braucht aber die Zustimmung des Parlaments. Für die Juristen: Artikel 28 GO Nr. 121. Möchtest Du von diesem Recht Gebrauch machen und das Parlament abstimmen lassen, ob Du länger reden darfst?

Stephan Hodonu: Ich würde gerne von diesem Recht Gebrauch machen und fünf Minuten weiter reden.

Beschluss

Stephan Hodonou wird zusätzliche Redezeit gewährt.

Stephan Hodonou: Ein Boxenstopp, wo wir uns Fragen stellen können: Wollen wir dies und was wollen wir? Wir können den Fuss vom Gaspedal nehmen und nicht das Vorhandene abbrechen, aber verlangsamen und fragen: Haben wir genügend flankierende Massnahmen? Wir können heute einen Entscheid fällen, dass wir dies tun. Wir können uns zum Beispiel fragen, ob wir wollen, dass eine altersgemischte Unterstufe eingeführt wird, dass es von drei Personen einsam an einem Tisch entschieden wird, ohne dass es breit diskutiert worden ist, weder mit der Basis, den Lehrpersonen, der Schulkommission oder irgend jemandem. Wollen wir dies? Wollen wir, dass drei Personen an einem Tisch einen Entscheid fällen können, der weitreichenden Konsequenzen für hunderte von Kindern, Eltern und Lehrpersonen hat? Das können wir heute entscheiden, indem wir die Motion überweisen, indem wir flankierende Massnahmen einleiten und sagen: Wir wollen, dass die Lehrpersonen genügend Support haben, wenn sie es brauchen. Wir wollen ein Gefäss schaffen, dass Schülerinnen und Schülern, die einfach nicht lernen wollen, Querulanten sind und disziplinarische Probleme machen, gesagt werden kann: Wir haben in jedem Schulhaus ein Zimmer, wo jemand auf Dich wartet. Du kannst dorthin gehen, Du wirst betreut, kannst Mandala malen, Sand spielen, aus dem Fenster schauen oder „fötzele“. Wenn Du wieder motiviert bist, darfst Du gleich wieder in die Klasse zurück, darfst turnen, rechnen und alles machen. Wenn Du aber nicht motiviert bist und nur stören kannst und nicht lernen willst, kannst Du dorthin gehen und wirst dort auch betreut. Das brauchen wir und können es heute beschliessen. Das hat der Kanton nicht vor. Aber wir können es heute beschliessen. Ich fordere Euch auf, dass wir heute gemeinsam den Eltern sagen: Wir wollen etwas tun.

Stadtrat Mario Clematide: Stephan, Du hast vorher die Parlamentarier gefragt, was sie machen. Ich kann Dir sagen, was der Stadtrat und ich als Bildungsverantwortlicher zusammen mit der Gesamtschulleitung und den Schulleitern und gemeinsam mit den Lehrpersonen mache. Ich hoffe, dies wird mir in der nächsten Vierteilstunde gelingen.

Erlauben Sie mir drei Vorbemerkungen:

1. Weil die künftige Rolle der Schulkommission noch nicht geklärt ist, und dafür kann der aktuelle Stadtrat aber auch gar nichts, ist das Parlament jetzt quasi das Aufsichtsorgan der Schule Olten. Darum bin ich dankbar für die heutige Debatte und begrüsse ganz herzlich die vollständige Schulleitung der Schule Olten und nicht minder herzlich einige Gäste und Lehrpersonen.

2. Ist mir wichtig festzuhalten, nicht zu bewerten, dass es in unserem Rat Kolleginnen und Kollegen und Kollegen gibt, die mehr oder weniger nahe mit der Schule Olten zu tun haben. Sei es, dass sie, Vater oder Mutter einer Schülerin oder eines Schülers sind, oder dazu noch selber Lehrperson an der Schule Olten sind oder Partner, Partnerin einer Lehrperson der Schule Olten.

3. Weil jede, jeder von uns einmal die Schulbank gedrückt hat, oder sie immer noch drückt, sind Bildungsdiskussionen sehr stark von eigenen Erfahrungen geprägt und können dadurch emotional werden. Das kann dazu führen, dass die nötige sachliche Distanz fehlt. Ich nehme mich persönlich davon in keinsten Weise aus. Und halte zudem fest, dass eine Bildungsdebatte ohne Emotionen wie eine Suppe ohne Salz ist.

Nun zur Motion:

Stephan Hodonou hat in einem Mail an die FdP-Fraktion einleitend festgehalten: „Es geht mir nicht darum, die Reform zu kippen, sondern dafür zu sorgen, dass sie nicht einfach ohne Rücksicht auf Verluste durchgesetzt wird“. Daran, Stephan, werde ich Dich messen. Denn wenn das Deine wahre Absicht ist, dann bin ich für die heutige Debatte sehr zuversichtlich und überzeugt, dass sie uns weiterbringt. Ich bin aber auch überzeugt, dass gerade das „Kippen der Reform“ die Absicht der Mitunterzeichner der SVP-Fraktion ist. Unheilige Allianz nennt man dies in der Schweizer Politik. Dein gestriges Votum zur Dringlichkeit hast Du, Stephan, damit begonnen, dass Du gesagt hast: „Der durch die Reformlawine erzeugte

Druck belastet die Lehrpersonen. Die Eltern werden verunsichert und den Kindern bleibender Schaden zugefügt“. 1. Lehrpersonen, 2. Eltern, 3. Kinder ist Deine bewusst oder unbewusst gewählte „Betroffenheitsreihenfolge“ gewesen.

Die Betroffenheitsreihenfolge des Stadtrates sieht so aus: 1. Kinder, 2. Eltern, 3. Lehrpersonen. Im Zentrum unseres Handelns steht die Entwicklungschance des Kindes, und zwar des einzelnen, wie auch der ganzen Schülerschaft. Das ist vielleicht eine herkulische Aufgabe, aber wir gehen sie an, denn sie macht Sinn.

Wesentlich für die Organisation Schule ist, und hier sollten wir uns einig sein, Stephan, dass sie einen gesetzlichen Auftrag hat. Dieser gesetzliche Auftrag hat im Jahre 2007 geheissen, dass im Kanton Solothurn an der Volksschule anstelle der Separation (mit Einführungs- und Kleinklassen) die spezielle Förderung zu treten hat, wie sie der Stadtrat in der vorliegenden Antwort auf Deine Motion definiert hat. Der Beschluss ist im Kantonsrat mit 87 : 1 gefällt worden und das Referendum ist nicht ergriffen worden. Das Gesetz ist also in Kraft!

Eine verantwortungsbewusste Schulleitung, vor allem dann, wenn es sich um die des grössten Schulträgers im Kanton handelt, handelt meiner Meinung nach richtig, wenn sie vor Ort, hier bei uns in Olten, Erfahrungen mit dem neuen Instrument, sprich spezielle Förderung, sammelt, und zu diesem Zweck Erfahrungsstandorte definiert, wie wir das in Olten mit den beiden Schulhäusern Bifang und Säli gemacht haben. Immer im Wissen darum, dass wesentliche Punkte noch von der vorgesetzten Behörde, sprich DBK, sprich AVK, geklärt werden mussten: Lektionenpool, finanzielle Transparenz, kantonales Handbuch für die Umsetzung oder die Problematik der regionalen Kleinklassen.

Für den lokalen Schulversuch spricht auch, dass ein solches grundlegendes Projekt wie die spezielle Förderung Chancen und Risiken hat und es gut ist, wenn diese frühzeitig erkannt und korrigiert werden, und zwar auf allen Ebenen, das heisst auf der strategisch-langfristigen wie auch auf der operativ-kurzfristigen Ebene, das heisst, dass ich mich persönlich nicht ausnehme, das heisst auch, dass ich Gesamtschulleitung, Projektleitung, Schulleitung und Lehrpersonen in die Verantwortung nehme.

Welches sind die Chancen des Schulversuches und damit die Chancen der speziellen Förderung grundsätzlich?

Im Rahmen des allgemeinen Unterrichts soll die spezielle Förderung das einzelne Kind aufgrund seiner Stärken fördern und seine Teilschwächen beheben.

Das begabte Kind soll mit gezielten Massnahmen gefördert werden: Die Schulbücher, die wir an der Schule Olten angeschafft haben (und zwar auf Antrag der Lehrpersonen) sind ausdrücklich so angelegt, dass begabte Schülerinnen und Schüler sich vertieftes und erweitertes Wissen aneignen können. In Mathematik (Zahlenbuch) und in Deutsch (die Sprachstarken) sind Lehrwerke flächendeckend im Einsatz, die dem Anliegen der Förderung von leistungsstarken Schülerinnen und Schülern gerecht werden. In schülerzentrierten Arbeitsphasen (alle Schülerinnen und Schüler arbeiten in ihrem eigenen Tempo nach einem eigenen Arbeitsplan) können Begabte herausfordernde und bereichernde Zusatzangebote in Anspruch nehmen.

Durch die spezielle Förderung soll die soziale Kompetenz der Schülerinnen und Schüler gefördert und die Klasse, die Schule als kindsgerechtes Abbild der gesellschaftlichen Realität erfahren werden. Schule ist bekanntlich Vorbereitung auf die Gesellschaft, das heisst sie soll das Kind gesellschaftsfähig machen. Dazu gehört auch ganz wesentlich das Aufstellen, Befolgen und Durchsetzen von Regeln, und zwar durch alle an der Schule Beteiligten, auch hier nehme ich mich nicht aus.

Die Lehrpersonen und die Schulleitungen werden zudem immer gefordert, die Nachhaltigkeit ihres Bildungs- und Berufsauftrages immer wieder zu überprüfen und überprüfen zu lassen. Bin ich als Lehrperson ausreichend auf die Veränderungen vorbereitet, ist mein methodischer-didaktischer „Werkzeugkasten“ noch zeitgemäss. Bin ich in der Lage, zu meinen Schülerinnen und Schüler die notwendigen Beziehungen aufzubauen. Schülerinnen und Schüler, die vielleicht in einem familiären Umfeld aufwachsen, das nicht meinen persönlichen Idealen und schon gar nicht meinen persönlichen Erfahrungen entspricht. Eine erstmalige Überprüfung dieser externen Evaluation hat vor einer Woche begonnen. Die Ergebnisse werden noch vor den Sommerferien vorliegen und werden veröffentlicht.

Welches sind die Risiken der Schulversuche. Stephan, ich habe den Eindruck, Du habest vorher eine Auflistung von Risiken und Gefahren gemacht. Welches sind die Risiken?

- Ein Risiko ist zum Beispiel eine mangelhaft ausgeprägte Führungskompetenz der vorgesetzten Behörde beim partnerschaftlichen Aushandeln der Vollzugsverordnung (der LSO und der Gemeindeverband lassen grüssen). Die Schule Olten kann dafür nicht verantwortlich gemacht werden. Was ist die Folge? Daraus resultiert Unsicherheit bei den Lehrpersonen und den übrigen Betroffenen wie Gemeinden, Schulleitungen, Lehrerverbände und Parlamentarier auf kantonaler und auf Gemeindeebene.
- Ein Risiko ist, dass Lehrpersonen, die durch den Umfang und den Inhalt der Veränderung sehr belastet werden, an ihren beruflichen Kompetenzen zweifeln und im Zusammenhang damit ihre Gesundheit gefährden.
- Elterninterventionen, die entweder aus bewusster Sorge um die Entwicklungschancen ihres Kindes oder aber aus grundsätzlicher Kritik am neuen Schulsystem entstehen. Beiden ist gemeinsam, dass sie Änderungen verlangen und zwar sofort, hier und jetzt. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass sich vorab die Eltern der nicht teilleistungsschwachen Schülerinnen und Schüler melden und die Vorteile der Separation rühmen, ohne diese Vorteile im Detail zu nennen. Es ist einfach gut.
- Ein weiteres Risiko ist – dazu stehe ich – die Überbewertung des Integrationsgedanken bei renitenten, integrationsunwilligen und leistungsunwilligen Schülerinnen und Schülern und damit die akute Gefährdung von Klassen- und Schulhausklimatas. Wichtig ist aber festzuhalten, und das hast Du auch gesagt, dass es bildungsresistente Schülerinnen und Schüler auch vor der speziellen Förderung, vor dem Schulversuch gegeben hat.
- Als letztes Risiko erwähne ich durchaus selbstkritisch die Unterschätzung des Informations- und Kommunikationsbedarfs und auch des Unterstützungsbedarfs nach innen und nach aussen durch die Projektleitung und das BISPO. Ich sage es durchaus selbstkritisch. Auch meine fehlende Distanz als Lehrer zum Projekt, als Lehrer, der für sich in Anspruch nimmt, dass Unterrichten a) der erfüllendste Beruf ist. Das kann ich als ehemaliger KV-Angestellter sagen, b) vor allem aus Beziehungsarbeit besteht und c) die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen als wesentlichen Inhalt hat.

Die erwähnten Risiken sind nun mehr oder weniger stark aufgetreten, und zwar nicht nur in Olten, sondern landauf und landab. Wobei unklar ist, welcher Risikofaktor der entscheidende oder der ursächlichste ist und wie allfällige Wirkungsketten genau ablaufen. Wir machen es uns zu einfach, wenn wir Ereignis um Ereignis aufzählen und sagen: Das ist der Grund für das Scheitern oder mögliche Scheitern einer Reform. Offensichtlich ist – Stephan, hier gebe ich Dir recht, und „das schleckt keine Geiss weg“ - dass wir aktuell vor allem im Bifangschulhaus und etwas weniger im Sälischulhaus Probleme haben. Aber davon zu reden, es sei Chaos und man könne nicht mehr unterrichten, geht eindeutig zu weit. Als Lehrer am KV gehe ich regelmässig vorbei und sehe, wie sich diese Kinder verhalten. Ich war auch schon im Schulhaus und habe Unterrichtsbesuche gemacht. Ich traue mir zu, zum Beispiel auch an der Weihnachtsfeier festzustellen: In diesem Schulhaus ist kein schlechtes Klima. Es ist belastet, heute sehr belastet, und man muss auch zugestehen, dass wir entsprechende Massnahmen ergriffen haben. Es gibt eine Klassenintervention. Es gibt eine externe Überprüfung der Situation. Ich weiss nicht, ob die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer Dir dies auch gesagt haben. Am 22. Februar wird die Schulleitung über das Ergebnis und am 23. Februar die Lehrerinnen und Lehrer des Bifangschulhauses informiert. Zusätzlich haben wir auf eingegangene Elternbriefe geantwortet. Ich habe sehr wahrscheinlich persönlich mit der von Dir erwähnten Schülerin und dem Elternteil auf dem Heimweg ein Gespräch geführt. Hier stelle ich fest, dass das, was die Schulleitung der Schule Olten macht, anerkannt wird. Ich weise auch darauf hin, dass Ueli Kleiner in der letzten Zeit regelmässig im Kollegium des Bifangschulhauses war und dort festgestellt hat, dass durchaus eine gedrückte Stimmung herrscht. Wer nicht mit geschlossenen Augen an einer Veranstaltung war, hat im Zusammenhang mit der externen Evaluation auch gemerkt, dass offenbar das Verhältnis zwischen Lehrerschaft und Schulleitung momentan nicht das optimalste ist. Wir schliessen die Augen also nicht.

Der Stadtrat ist aber trotz der aktuellen Probleme der festen Überzeugung, dass die Vorteile der speziellen Förderung überwiegen, denn auf eine zunehmend heterogen werdende Gesellschaft kann die Schule nicht mit homogenen, das heisst in diesem Fall separierenden Instrumenten antworten.

Eine zeitgemässe Schule sollte die Chancen der speziellen Förderung nutzen, und zwar im Wissen um die Risiken und vor allem im Wissen darum, dass mit erfahrener sozialer Kompetenz gelingende persönliche und gesellschaftliche Entwicklung möglich ist.

Das setzt unter anderem voraus, dass

- wir genügend Ressourcen einsetzen und kleine Klassen bilden. Das haben wir getan. In diesem Saal habe ich gesagt: Spezielle Förderung ist keine Sparübung. Das Budget wurde entsprechend gebildet. Man ist mir gefolgt. Im erwähnten Communiqué hast Du gesehen, wie gross die Klassen sind. Du hast auch gesehen, wie gross der Lektionenpool, den wir zugesprochen erhalten, ist. Es ist dann die Voraussetzung, wenn alle Beteiligten – ich sage ganz klar: alle Beteiligten, Sprechender eingeschlossen – bereit sind, sich unter den neuen Voraussetzungen neu zu organisieren. Daran arbeiten wir. Eine solche Veränderung passiert nicht auf Knopfdruck oder Schalterdrehen.

- Ganz wesentlich ist, und das ist mir nachhaltig geblieben, Stephan: Das Gefühl zu haben, dass wir als Schulleitende die Sorgen der Beteiligten nicht ernst nehmen, ist ein Vorwurf, den ich mir nach 25 Jahren Tätigkeit als Schulleiter nicht bieten lasse, auch in meiner neuen Funktion. Wir nehmen die Sorgen der Beteiligten ernst, wir müssen zuhören und aufeinander hören können und auch eigenes Handeln reflektieren;

- es müssen auch verbindliche Regeln formuliert und durchgesetzt werden. Sie bestehen, müssen aber von allen Beteiligten angewendet werden;

- und dass bildungsresistente Schülerinnen und Schüler mehr oder weniger lange separiert werden und deren Eltern allenfalls diszipliniert werden. Das wird gemacht. Jetzt komme ich zu Informationen, die ich halt erst gestern auf Nachhaken erhalten habe. Es sind allerneueste Informationen aus dem DBK.

Wir können in Olten als Referenzprojekt ein zweistufiges Modell fahren, das nach Artikel 37 Volksschulgesetz finanziert wird. Das heisst: Der Kanton bezahlt. Im Zusammenhang mit renitenten Schülerinnen und Schülern geht es um ein niederschwellig und kurzfristiges Angebot, schulhausintern bekannt als Schulinsel und höherschwellig eine mittel- bis langfristige Tagessonderschule (TASO) für sehr schwierige Schülerinnen und Schüler. In Olten gab es dies schon einmal. Es wäre dumm, wenn der gleiche Fehler noch einmal gemacht würde. Allenfalls machen wir es neu. Es ist aber klar, dass in diesem Zusammenhang Eintrittsbedingungen, Unterrichtsinhalte, „Wiedereingliederungsvoraussetzungen“ festgelegt werden. Denkt daran, dass es nicht nur darum geht, Schülerinnen und Schüler zu separieren und zu bilden, sondern man muss sie auch wieder eingliedern, was kein so einfaches Unterfangen ist. Wir können dies also in Olten machen, wenn es uns gelingt, auf Schulbeginn 2011/12. Es ist eine Herausforderung. Das weiss ich. Es müssen Lehrkräfte gesucht und die Rahmenbedingungen definiert werden. Ueli Kleiner und ich waren vor einigen Wochen in Chur und haben dort Modelle angeschaut. Auch sie beissen am gleichen Knochen. Auch sie haben die entsprechenden Probleme. Ich denke aber, dass wir hier in Olten einen Standortvorteil haben. Wir haben die HPSZ, kompetente schulische Sozialarbeitende und, vielleicht haben wir sogar interessierte Lehrerinnen und Lehrer.

Als grösster Schulträger im Kanton will der Stadtrat die Umsetzung dieser Voraussetzungen im geplanten kantonalen, auf vier Jahre angelegten Schulversuch mit beeinflussen, am runden Tisch sitzen, mitreden und mitentscheiden.

Ich bin nicht jemand, der nur lange redet, sondern ich handle auch. Ich kann dazu sagen, dass ich Einfluss genommen habe, Ernst Zingg mich dabei unterstützt hat, dass Olten im Leitorgan des Projektes „Schulversuch spezielle Förderung 2011 – 2015“ vertreten ist. Es kann sein, dass dies meine Person ist.

Voraussetzung für ein Mitmachen in dieser Funktion ist aber, dass die Motion nicht überwiesen wird, in der heutigen Debatte, und das erwarte ich, klare Eckpfeiler und Erwartungen an eine gelingende kantonale Versuchsanordnung genannt werden, damit ich oder eine andere Person entsprechend ausgerüstet in diesem Leitorgan mitwirken kann.

Sie sehen damit, dass der Stadtrat nicht will, dass der grösste Schulträger des Kantons die kommenden vier Jahre in der Rolle des abwartenden Statisten verbringt. Etwas, das die Motionäre mit ihrem Zwischenstopp verlangen.

Im Sinne dieser Ausführung ist der Stadtrat gegen die Überweisung der Motion und gespannt auf die politische Diskussion.

Luzia Stocker Rötheli: Zu Beginn möchte ich sagen, wie die Diskussion in der SP-Fraktion gelaufen ist. Die Diskussion in der Fraktion ist sehr kontrovers gelaufen, und entsprechend werden wir nicht einstimmig abstimmen. Es gibt unterschiedliche Haltungen. Ich versuche, diese in meinem Votum als Fraktionssprecherin einfließen zu lassen. Allerdings kommt meine Meinung ganz sicher zum Ausdruck und wahrscheinlich relativ deutlich. Das kann ich nicht verhindern. Aber meine Kolleginnen und Kollegen können dies dann verhindern. Um es vorweg zu nehmen: Wir teilen die Bedenken und Sorgen von Stephan Hodonou. Auch mit seinen Anliegen und Ausführungen sind wir einverstanden. Ich denke, was er schildert, finden wir auch überhaupt nicht toll, und wir unterstützen grundsätzlich seine Forderungen. Allerdings kommen wir mehrheitlich zu einem anderen Schluss als er. Einleitend möchte ich noch zwei Sachen erwähnen. Mario Clematide hat es auch schon gesagt. Ich möchte vor etwas warnen, was mir auch im Votum von Stephan Hodonou aufgefallen ist. Es besteht eine Tendenz, was mir bei den Gesprächen, die ich zu diesem Thema geführt habe, immer wieder aufgefallen ist, dass sämtlich Schwierigkeiten, die sich in der Schule abzeichnen, und das sind ja nicht wenige, wenn wir auch bei unseren Kindern sehen, was sich hier jeden Tag ereignet, auf die spezielle Förderung abgeschoben werden. Es ist jetzt von ganz Vielen die Rede, das nicht primär mit der speziellen Förderung zu tun hat. Ich denke, das ist für das Projekt an und für sich und grundsätzlich für die Probleme überhaupt nicht förderlich, weil es nichts löst, sondern es einfach irgendwo deponiert. Dann weiss man auch, was schuld ist. Ich denke aber, dass man aber etwas genauer hinsehen müsste. Was mir in der Diskussion auch noch auffällt, ist jetzt etwas weniger zum Ausdruck gekommen, aber ich möchte es einfach einleitend auch zu bedenken geben, ist, dass lernschwache Kinder und Verhaltensauffälligkeit häufig in einem Atemzug genannt werden. Das heisst, wenn die Kinder von der Kleinklasse nicht in die Regelklasse integriert würden, gäbe es demzufolge auch gar keine verhaltensauffälligen Kinder. Eigentlich sind die lernschwachen Kinder nicht diejenigen, die Probleme machen. Das kann im Einzelfall zutreffen, aber ist kein Schluss, der generell gezogen werden darf, ist meiner Meinung nach auch sehr heikel und wird diesen Kindern ja überhaupt nicht gerecht. Nun möchte ich zum Inhalt kommen. Stephan Hodonou hat gesagt, wir müssten uns entscheiden, ob wir alles super oder alles schlecht finden. Wir finden weder noch. Wir finden weder es laufe alles super toll, noch ist einfach alles schlecht, und wir wollen Verantwortung übernehmen. Das heisst aber eben vielleicht nicht das Gleiche. Ich möchte jetzt eigentlich den Blick jetzt wieder etwas auf das Ganze wenden, wo Stephan es sehr an einem persönlichen Erlebnis aufgehängt hat. Das ist auch in Ordnung. Ich denke, für mich steht eher im Vordergrund, wieder den Überblick zu gewinnen. Eines zeigen unsere Diskussionen und Gespräche, die wir zu diesem Thema geführt haben. Das zeigt auch die dringliche Motion ganz eindrücklich. Die Verunsicherung ist gross. Das Ganze ist sehr kontrovers, und was ich ausmache – hier hat Mario Clematide zwar eine etwas andere Haltung - der Informationsbedarf ist hoch und offenbar nicht so, wie er sein sollte. Hier sehen wir sehr grossen Handlungsbedarf und hoffen auch, dass der Stadtrat wirklich gehört hat, dass dort ein Effort geleistet werden muss. Nun noch zum Grundsätzlichen: Das Modell der integrierten Schule ist für uns unbestritten. Wir finden es ein gutes Modell. Mario Clematide hat es schon gesagt: Es ist ein Modell, das auf die heutige Zeit eine Antwort gibt respektive Kinder vorbereiten oder unterstützen kann, sich auf dem Weg in eine sehr heterogene Gesellschaft zurecht zu finden und auch integrieren zu können, egal aus welchen Lebenssituationen sie kommen. Es ist grundsätzlich eine grosse Chance, wenn man von dieser Separierung zur Integration kommt, gerade auch für Kinder, die bis jetzt in der Kleinklasse waren. Das war für sie zum Teil eine Chance, zum Teil war es aber auch eine Stigmatisierung, wenn man die Kleinklasse besuchen musste. Man wurde als Kleinklässler halt auch entsprechend angeschaut. Hier denken wir, dass wir den Kindern

grundsätzlich einen Dienst erweisen können. Es ist aber nicht einfach, nach Jahrzehnten der Separierung zu einem Modell der Integration zu wechseln. Das ist uns durchaus bewusst. Es gibt zu Recht sehr viele Vorbehalte und auch Widerstände, wenn man ein solches Modell einführen möchte. Ich denke, zum Teil ist es aber auch Gewohnheit, und man tut sich mit Neuem vielleicht generell etwas schwer. Für uns gilt aber im Grundsatz, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Wir sind grundsätzlich für das Projekt der integrierten Schule respektive der speziellen Förderung, finden auch nicht, wie es in der Motion bemängelt wird, dass die Einführung vorseilend geschehen ist, sondern dass es verantwortungsvoll ist, ein so grosses Projekt mit einem solchen Wandel an Philosophie angemessen mit genügend Zeit auch umzusetzen und dann nicht einfach innerhalb eines Jahres einführen zu wollen. Für uns stellen sich nicht grundsätzliche Fragen, ob es gut ist oder nicht, sondern mehr Fragen der Umsetzung. Dort haben wir auch Fragezeichen. Es sind offenbar vor allem strukturelle Probleme, die zu schaffen machen. Was bedeutet der Stopp des Kantons für Olten? Was heisst auch die Ankündigung des neuen Schulversuches? Was passiert weiter? Wie ist die Akzeptanz der Lehrpersonen? Hier sind ja die Meinungen unterschiedlich. Ich habe allerhand gehört. Was passiert, wenn es in einer Klasse, wie es Stephan Hodonou beschrieben hat, nicht gut läuft und es wirklich problematisch ist, wenn Massnahmen ergriffen werden müssten und nicht ergriffen werden? Schliesslich ist die Frage: Was gewichten wir höher, die Sache an und für sich, das Projekt, oder einzelne Interessen? Wenn wir die Sache höher gewichten, was wir eigentlich möchten, wie berücksichtigen wir dann die Einzelinteressen angemessen, damit sich die Leute eben auch nicht ausgeschlossen fühlen? All diese Überlegungen gilt es mit einzubeziehen. Wir fordern den Stadtrat deshalb auch auf, transparent und ehrlich zu kommunizieren und auch die Augen vor Problemen nicht zu verschliessen, damit man wirklich zuhört, wenn sich die Leute melden. Wir fordern ihn auch auf, die Umsetzung besser zu begleiten, den nötigen Support zu ermöglichen, damit sich die Lehrpersonen nicht alleine gelassen fühlen, zum Beispiel mit dem schon erwähnten Auffanggefäss. Hier hat der Kanton mit den Schulinseln oder mit städtischen Kleinklassen, welches Modell man dann immer findet, offenbar eine Zusicherung gemacht. Ich denke, das ist ein wichtiger Punkt, um die Akzeptanz des Projektes zu erhöhen und den Eltern auch die Sicherheit zu geben. Wenn es in der Klasse so läuft, dass es nicht mehr möglich ist zu unterrichten, gibt es eine Möglichkeit, um Kinder heraus zu nehmen und zwar möglichst schnell. Ich denke, dort besteht ein sehr grosser Handlungsbedarf. Die Zusicherung hast Du gegeben. Die Umsetzung wird es dann zeigen. Ich denke, ein weiteres wichtiges Problem, das angegangen werden muss und jetzt immer wieder zum Ausdruck kam, ist die Begabtenförderung. Wie wird sie dann wieder aufgenommen oder integriert, damit die Kinder, die wirklich mehr lernen und mehr leisten wollen und auch können, dies auch tun können? Ich denke, das ist auch ein Punkt, bei dem ich davon ausgehe, dass Du ihn gehört hast, und auch hoffe, dass Du ihn aufnimmst. Aus unserer Sicht muss ich sagen, dass wir der Sache nicht dienen, wenn wir das Ganze jetzt auf Eis legen und somit das Projekt grundsätzlich gefährden. Ein Zwischenstopp, bis die Rahmenbedingungen des Kantons vorliegen, ist nicht in unserem Sinne. Das würde heissen, dass wir bei diesem Schulversuch, der 2011 lanciert wird, nicht mitmachen, warten, bis er 2015 vorbei ist, bis er dann ausgewertet sein wird, wahrscheinlich noch ein Jahr. Bis der Kanton verbindliche Rahmenbedingungen festlegen wird, wird es wahrscheinlich noch ein Jahr dauern. Das heisst, dass wir während mehrerer Jahre einmal zuwarten und schauen, was passiert. Das ist nicht in unserem Sinne. Ein Abbruch würde auch viel Verunsicherung auslösen. Es löst Verunsicherung, wenn es weiter läuft. Aber auch ein Abbruch wird Verunsicherung auslösen. Davon war bis jetzt nicht die Rede, jedenfalls nicht von Stephan Hodonou. Ich glaube, es ist nicht so, dass einfach alle gegen das Projekt sind und es alle nur schlecht finden. Ich hoffe, dass es in diesem Bereich auch Support gibt. Es stellen sich dort ja sehr viele Fragen. Was passiert, wenn man das Projekt jetzt stoppt. Die Kleinklassen würden ja auf das nächste Schuljahr aufgehoben, ebenso die Einführungsklasse. Dann muss man sie wieder ins Leben rufen und allenfalls auch wieder neue Lehrpersonen suchen, jetzt neue Verträge für die zusätzlichen Stunden wieder verändern. Ich denke, es würde sehr viele Unsicherheiten auslösen. Das ist nicht unser Weg. Die Frage ist für uns eine

grundlegende. Sind es unüberwindbare Schwierigkeiten, die nichts anderes als einen Stopp zulassen, weil es einfach keine andere Lösung gibt, oder sind es Schwierigkeiten, die zu Beginn eines so grossen Projektes halt auch in einem gewissen Masse auftauchen, völlig klar, dass dies nicht einfach so reibungslos über die Bühne geht, das aber mit der nötigen Unterstützung und auch mit dem nötigen Willen und was meiner Meinung nach entscheidend ist, angegangen werden können? Wir sind der Meinung, dass es nicht unüberwindbare Schwierigkeiten sind, sondern solche, die man durchaus in den Griff bekommen kann, wenn man es mit den entsprechenden Massnahmen begleitet. Eine solch fundamentale Änderung in der Philosophie einer Schule braucht einfach Zeit. Diese braucht es auch, wenn wir in fünf Jahren mit diesem Projekt starten werden. Das ändert nichts daran, wann wir anfangen. Es wird immer Schwierigkeiten in der Umsetzung geben. Ich denke, wichtig ist, dass für diese Probleme Lösungen gefunden werden und die Ohren aller Beteiligten wirklich mehr als offen sind für die Probleme, welche die Betroffenen haben. Das ist eigentlich unser entscheidendes Anliegen. Wir wollen auch, nebst dem, dass man jetzt die akuten Probleme wirklich löst, dass der Stadtrat beim Kanton vorstellig wird, was er offenbar bereits gemacht hat, und für Olten für den Schulversuch 2011 – 2015 klare Rahmenbedingungen fordert. Wir wollen, dass das Projekt besser begleitet wird, auch vom Kanton, extern wissenschaftlich evaluiert wird und zwar von einer kompetenten Stelle. Das können wir eigentlich nur, wenn wir das Projekt jetzt nicht stoppen. Das hat Mario Clematide bereits gesagt. Das schwächt unsere Ausgangslage. Wir werden das Ganze sehr kritisch beobachten und uns auch nicht scheuen zu reagieren, wenn wir den Eindruck haben, es laufe nicht so, wie wir es uns vorstellen. Wir wollen aber dem Projekt in einem ersten Schritt die Chance geben, sich zu entwickeln, und vertrauen eigentlich auch darauf, dass alle mit guten Absichten und dem besten Willen dahinter stehen. Wir hoffen wirklich, dass der Stadtrat und auch die anwesenden Schulleitungen die geäusserten Bedenken und diejenigen, die sicher noch kommen werden, wahr- und ernst nehmen wird. Wir hoffen aber auch, dass sie hören, dass wir grundsätzlich Vertrauen in die Akteure haben. Wir trauen allen, dem Stadtrat, der Direktion, den Schulleitungen, den Lehrpersonen, aber auch den Kindern und ihren Eltern zu, dass wir es gemeinsam schaffen, das Projekt der speziellen Förderung auf Kurs zu bringen. Ich hoffe, wir werden nicht enttäuscht. Die Fraktion wird unterschiedlich abstimmen. Ein Teil wird nicht überweisen, ein Teil wird sich enthalten und ein Teil wird der Motion zustimmen.

Stephan Hodonou: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion hat auch diskutiert. Es bewegt und ist uns auch allen nahe gegangen. Wir werden ebenfalls unterschiedlich abstimmen, nicht weil wir quasi „wegschauen“ sagen, sondern weil man auch das Gefühl hat, wie es Mario Clematide zum Teil gesagt hat, es stelle sich die Frage, ob es möglich ist oder nicht, ob die Motion überwiesen werden kann. Aber ein Teil wird sicher auch überweisen. Jetzt muss ich gleichwohl noch einige Aussagen machen, weil es bei mir etwas harmonisch herüber kommt und mich etwas ein Gefühl beschleicht. Warum soll die Motion trotzdem überwiesen werden? Wenn wir die Motion überweisen, vergeben wir uns wirklich gar nichts. Der Kanton kann dies mit uns genau gleich machen. Wenn es so heisst: „Deus ex Machina“, es wird vom Kanton finanziert – gestern habe ich dies erhalten – aber nur, wenn wir jetzt mitmachen. Es kommt mir etwas wie Erpressung vor. So etwas: Wenn Ihr jetzt die Motion überweist, geht alles bachab. Das ist nicht wahr. Zweitens beschleicht mich etwas der Gedanke, und es steht auch schon so in den Antworten, es sei gewissermassen eine Werbesendung für dieses Modell. Unsere Lehrpersonen in der Schule scheitern nicht an der Theorie und auch nicht an der Werbung, sondern an der Praxis. Das ist etwas ganz anderes. Hier haben zum Beispiel einige Sachen gefehlt. Ein Defizit ist die Planung. Es findet immer eine rollende Planung statt. Man weiss heute knapp, was morgen gemacht wird. Ich gebe nun einige Beispiele dazu. In der Antwort des Stadtrates steht im letzten Satz, lokal solle der Schulversuch durch die Schulkommission als Fachkommission eng begleitet werden. Bis gestern wusste die Schulkommission noch gar nichts von diesem Glück. Das ist ganz neu. Eineinhalb Jahre sind wir im Amt und es war eigentlich nie gewünscht, dass wir etwas sagen. Aber jetzt sind wir plötzlich dabei. Jetzt sind wir wieder im Spiel. Ich finde dies seltsam. Und ist ein Schelm, der

böses denkt. Eineinhalb Jahre mussten wir uns fast etwas aus den Fingern saugen, was wir dort tun. Wir verbraten Steuergelder, weil wir dort sitzen und uns fragen, was wir hier machen. Das bereitet mir Mühe. Bei der Begabtenförderung schaffen wir dies, wenn wir ehrgeizig sind, bis 2011/12. Aber wie? Jetzt haben wir ein bewährtes Konzept. Jetzt läuft es und funktioniert. Die Kinder gehen gerne dorthin. Jetzt wird es aufgehoben und in den Pensenpool aufgenommen. Aber es ist nicht geklärt, wer sie zuteilt, wie viele es sind und wo es stattfindet. Jetzt können die Kinder hinaus gehen in eine andere Atmosphäre, die ihnen gefällt. Nachher müssen sie es in ihrem Schulzimmer allein in ihrer Stammklasse tun. Toll. Es ist auch nicht geklärt, wer die Begabtenförderung machen soll. Jetzt haben wir ein klares Gefäss. Soll es die Lehrperson machen? Sie hat null Erfahrung und ist nicht parat. Soll es die Heilpädagogin machen? Dann redet mit einer Heilpädagogin, welche die Ausbildung beendet hat. Sie sagt: Begabtenförderung ist bei uns in der Ausbildung nicht ein einziges Mal thematisiert worden. Sie ist auch nicht wirklich qualifiziert, Begabtenförderung zu machen. Wer macht es dann? Ich habe noch keine Antwort. Es hat nur damit zu tun, dass wir einfach das Tempo drauf haben. Wir können doch Tempo wegnehmen. Wir können dem Kanton sagen: Wir sind dabei, im Pilotversuch, im Schulversuch. Aber bitte nicht so schnell. Wenn Regierungsrat Klaus Fischer sagen kann: Wir warten bis 2015, können wir sicher noch ein Jahr oder zwei warten und uns Zeit lassen und wirklich gut überlegen und reflektieren. Was braucht es jetzt, wie genau, wer genau und wann? Und keine Werbesendung. Die Schulinsel finde ich super. Aber ich gebe zu, dass es mir etwas weh tut, dass jetzt eine Idee, die ich gesteckt habe, gebraucht wird, um die Motion zu bodigen. Die Idee ist von mir gekommen, und ich finde dies etwas schade.

Sandra Näf; Fraktion Grüne: Die Grünen haben sich an der Fraktionssitzung intensiv mit der Motion befasst und haben beschlossen, diese dringliche Motion nicht zu überweisen. Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass die Stadt Olten an ihrem Fahrplan zur Einführung der Speziellen Förderung festhalten soll, obwohl Regierungsrat Klaus Fischer die flächendeckende Einführung per August 2011 gestoppt hat und dies Bauernopfer gebracht hat. Wir sind der Meinung, dass die Stadt Olten sich den „Schulversuch Spezielle Förderung 2011 – 2015“ genehmigen lassen soll respektive dass wir dem zustimmen, damit die Spezielle Förderung wie geplant eingeführt werden kann. Folgende Fakten sprechen für sich:

- Seit 9 Jahren werden hier an den Oltner Schulen Kinder in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum HPSZ (Heilpädagogische Sonderschule) erfolgreich integriert.
- Bereits heute sind 34 Kleinklassenkinder integriert, davon zwei, die sich halt nicht so gut integrieren lassen.
- Durch die geplante Umstellung auf Altersgemischte Klassen hat Olten beim Kanton eher kleine Klassen bewilligt bekommen, so dass eine optimale Förderung gewährleistet ist
- Die grosse belastende Frage ist der Umgang mit Kindern mit schwierigem Verhalten. Diese haben aber bis jetzt meist nicht einmal einen Kleinklassenstatus. Schwierige Kinder werden wir auch in Zukunft haben und lernen müssen, mit belastenden Situationen umzugehen. Die Einführung ermöglicht den Lehrpersonen aus dem Pensenpool aktiv und kreativ reagieren zu können. Ein Stillstand würde den Lehrpersonen gar nicht bringen. Lösungen für dieses Problem sind bereits andiskutiert. Ziel ist, mit der Schulinsel ein spezifisches niederschwelliges Angebot, anbieten zu können. Diese Idee ist nicht erst gestern geboren worden. Klar ist auch, dass all diese Angebote im Raum Olten fehlen, weil man sie in den letzten Jahrzehnten alle im Raum Solothurn angesiedelt hat.

Der Umsetzungsfahrplan ist auf Kurs, das heisst, die Projektorganisation ist besser als jene vom Kanton. Ende Februar wird das Handbuch mit den wesentlichen Prozessen vorliegen. Das heisst, dass schon sehr intensiv gearbeitet wurde. Nach dem kantonsrätlichen Veto und dem erzwungenen Stillstand ergeben sich für die Umsetzung in Olten mehr Freiräume. Wir müssen uns nicht anpassen, sondern können selber bestimmen und diskutieren, was wir brauchen, und es wird uns nicht von oben etwas aufgezwungen. Ein Zurück zur Einschulungsklasse bedeutet, dass wieder ein Einschulungsteam gebildet werden muss. Kinder müssten sofort durch den Schulpsychologischen Dienst (SPD) abgeklärt werden. Als

Eltern möchte ich dort sagen - ich nie in diese Situation gekommen bin, weil es bei uns klar war, da ich eine behinderte Tochter habe, wo nichts abgeklärt werden muss – dass es aber für diejenigen Familien, wo es eben nicht so offensichtlich ist, eine extreme Belastung ist. Dieser Schritt ist aufwändig, zeitintensiv und belastet zudem die Eltern und Kinder. Dies ist klar kein Stillstand, sondern gar ein Rückschritt. Nur ein Beispiel: Die Kindergärten erhalten durch die Einführung der Speziellen Förderung mehr Ressourcen. Man kann sich den Kindern widmen, die einen speziellen Förderbedarf haben. Es ist uns auch sehr bewusst, dass ein Teil der Lehrerschaft dem Ganzen immer noch kritisch gegenüber steht, obwohl es schon in einigen Klassen sehr gut läuft. Die Erfahrung zeigt aber, dass viele Lehrpersonen eigene Erfahrungen machen müssen und es gut ist, wenn jetzt gestartet werden kann. Ich bin der Meinung, man soll jetzt starten. Man ist nämlich bereit. Die ganze Umsetzung ist ein Prozess und es wird sicherlich da und dort nicht reibungslos verlaufen. Das ist auch in der Wirtschaft ganz normal. Wenn ich irgendwo ein EDV-System einführe, macht es auch nicht klick und alles funktioniert. Hie und da bleibt irgendwo etwas hängen. Nichtsdestotrotz ist es für die Oltner Schulentwicklung sehr wichtig, dass am eingeschlagenen Weg festgehalten wird und gesellschaftliche Interessen über die persönlichen Interessen zu stellen sind. Es gilt zu bedenken, dass die Umsetzung so oder so an die Hand genommen werden muss. Ob wir es heute oder morgen machen, spielt eben schon eine Rolle, weil viel gearbeitet wurde, und ich denke, dass auch die Frustrationsgrenze bei all denjenigen Personen, die wirklich viel Arbeit geleistet haben, bald erreicht ist. Man könnte die Schulkommission auch einbeziehen und ihr eine gute Funktion zuweisen. Aber es liegt auch an uns zu überlegen, was gut ist. Das Behindertengleichstellungsgesetz BehiG, das seit 2004 in Kraft ist, sagt im Artikel 1: Erstens: „Das Gesetz hat zum Zweck, Benachteiligungen zu verhindern, zu verringern oder zu beseitigen, denen Menschen mit Behinderungen ausgesetzt sind“. Zweitens: „Es setzt Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Behinderungen erleichtern, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und insbesondere selbstständig soziale Kontakte zu pflegen, sich aus- und fortzubilden und eine Erwerbstätigkeit auszuüben“. Wir sind der Meinung, dass Olten die Chance ergreifen soll, als grösster Schulträger des Kantons dem vierjährigen Schulversuch des DBK teilzunehmen und eine Vorreiterrolle einzunehmen. Wir brauchen nicht ständig eine Referenzgemeinde. Wir könnten vielleicht einmal selber eine sein. In diesem Sinne bitten wir Sie, die Motion nicht zu überweisen – wir werden es auch nicht tun.

Daniel Probst: Auch ich möchte den grossmehrheitlichen Entscheid der FdP-Fraktion vorweg nehmen. Wir empfehlen, die Motion nicht zu überweisen. Ich werde für die Mehrheit sprechen. Wir haben mit Andreas Schibli auch noch einen Sprecher für die Minderheit. Deshalb gehe ich jetzt vor allem auf die Argumente der Mehrheit ein. In unserer Fraktion haben wir die komfortable Situation, dass wir viel Bildungskompetenz haben, natürlich angefangen bei Mario Clematide als Bildungsdirektor, bei Andreas Schibli als Lehrer. Er muss sich in unserer Fraktion nicht in den Ausstand begeben, obwohl er Lehrer ist. Er darf mit diskutieren. Er ist ja auch recht betroffen. Heinz Eng darf auch nichts sagen. Deshalb hat man mich als Sprecher für dieses recht anspruchsvolle Geschäft gewählt, nicht, weil ich selber Kinder habe, die auch einmal in die Schule kommen werde, sondern weil ich am meisten Fragen gestellt habe. Man fand, ich hätte mich hier wirklich hinein gedacht. Bei uns, und ich nehme an, das ist bei allen Fraktionen so gewesen, war der Grundsatz zu überlegen, was für die Kinder am besten ist. Zuerst die Kinder, dann die Eltern und danach die Lehrer. Leider ist die Antwort dann nicht so einfach. Aber bei diesem Grundsatz glaube ich, dass keine Fraktion der anderen vorwerfen sollte, es sei nicht so. Ich denke, das wollen alle. Davon gehe ich aus. Aber die Antworten sind natürlich nicht so einfach. Es ist sehr komplex. Wir haben uns dann überlegt, welches die Folgen unserer Sicht für die Kinder sind, wenn die Motion überwiesen und wenn sie nicht überwiesen wird. Wir sind der Meinung, dass man es, wenn man sie überweist, mit „wir schauen vier Jahre zu, was im Kanton passiert und machen dann, was beschlossen worden ist“ überschreiben kann, also unter dem Wort zuschauen. Vorher hat zwar Stephan Hodonou gesagt, es sei überhaupt nicht so. Ich habe es noch nicht ganz nachvollziehen können. Vielleicht musst Du es noch einmal ausführen. Ich habe wirklich das Gefühl, es ist ein Zuschauen, weil der Zug fährt, die Schulreise läuft.

Es sind 70 % der Schulkörper, die schon integrierte Schulen haben, 90 %, welche die Pensenplanung für 2010/11 schon abgeschlossen haben. Der Karren läuft. Um das Bild des Boxenstopps zu nehmen: Gerade in diesem Sport werden Regeln auch oft geändert. Das gehört ja auch zum Wettbewerb. Ich glaube, das Team, das dann einmal sagt: So, jetzt bleiben wir einmal vier Jahre an der Boxe stehen und schauen, wie die Regeln geändert haben, und steigen dann wieder ein, hat einen ziemlichen Nachteil. Ich denke, so wäre es dann bei unseren Kindern auch. Ich glaube, ein Boxenstopp ist hier nicht richtig, wenn der Zug schon fährt. In Olten gibt es schon integrierte Schulen. Man hat Erfahrungen gesammelt und weiss, dass nicht alles gut läuft. Hier braucht es Korrekturen. Wir haben Vertrauen in den Stadtrat und auch in die Lehrer, die ja bei den geleiteten Schulen ganz nahe bei den Problemen sind und es tagtäglich sehen. Wir haben Vertrauen in diese Leute, dass sie es erfassen, nach Lösungen suchen, ins Parlament kommen, wenn wir ja dazu sagen müssen. Das haben sie gemacht. Wir haben ein grösseres Budget bewilligt. Wir haben Vertrauen in dieses System, das in Olten funktioniert. Wir wollen jetzt nicht stoppen, zuschauen und warten, bis eher ländliche Gemeinden die Spielregeln festgelegt haben und wir als Stadt Olten, die eine andere Situation hat als vielleicht in Hägendorf oder Lostorf, und dann machen, was dort beschlossen worden ist. Das läuft bei uns unter dem Thema zuschauen. Wir finden, dass wir, wenn wir die Motion ablehnen, mitgestalten können. Das ist das Überwort von dem, was die Mehrheit unserer Fraktion findet, das Mitgestalten. Wir haben es vorher von der Sprecherin der Fraktion Grüne gehört. Vielleicht können wir auch einmal oder wieder einmal zu den Pionieren dieses Kantons gehören, indem wir dort mitgestalten. Wir sind immerhin der grösste Schulträger. Vorher haben wir gehört, dass wir immerhin im leitenden Organ dieses Versuches sind. Wir haben immerhin einen Bildungsdirektor, der selber auch sehr lange Lehrer war und die Situation sehr gut kennt, der dies mit uns allen in einem funktionierenden System mitgestalten kann. Wir haben sehr gute geleitete Schulen, erfahrene Lehrkräfte, die nahe dabei sind. Diese Chance wollen wir doch nutzen. Ich finde, es wäre gegenüber den Kindern fahrlässig, wenn wir sagen würden: Stopp, lassen wir die anderen die Regeln machen und schauen dann, was Solothurn bestimmt hat. Von der SVP bin ich mir eigentlich auch gewöhnt, dass man dies selber in die Finger nimmt und nicht sagt: Wir warten, bis Europa die Regeln gemacht hat und machen es dann nach. Ich finde, dass wir auch hier selber genug Vertrauen haben und es selber von unten nach oben weiter entwickeln müssen. Wir haben bewiesen, dass wir in Olten bereit sind, die finanziellen Mittel, die es braucht, zur Verfügung zu stellen, weil wir wissen, dass wir eine spezielle Situation haben, wir haben deshalb kleine Klassen. Es braucht diesen Ausgleich. Die Mehrheit ist der Meinung, dass wir dies machen müssen. Ich glaube, die Kommunikation ist wichtig. Nicht nur die Kommunikation mit allen Anspruchsgruppen, sondern die Basis muss auch sein, dass die Mitwirkung, Mitgestaltung nicht nur zwischen Stadt und Kanton, sondern eben auch bis ins Schulzimmer geht, dass dort, wo es passiert, zwischen Kind und dem Lehrer, die Sachen an die Schulleitung, die Schulleitung an das Projekt usw. geht. Wenn die Details noch nicht bestehen sollten, müssen diese Gefässe entsprechend genutzt oder vielleicht noch eingeführt werden. Ein Thema war bei uns noch die Idee, die scheinbar von Stephan Hodonou eingebracht worden war und welche die Stadt aufgenommen hat, eines Gefässes, das die Problemfälle aufnehmen kann, vielleicht temporär, damit es den Betrieb sonst nicht so sehr stört, dass wir dort auch mit Hilfe des Kantons schneller ein Gefäss schaffen können. Das ist uns ein grosses Anliegen, weil wir auch finden, dass es nicht sein darf, dass in einer Klasse das Ganze von einer oder zwei Schülerinnen oder Schülern so sehr gestört wird, dass man anstatt zu turnen spazieren gehen muss. Das findet ja niemand gut. Jemand, der die Motion ablehnt, findet dies auch nicht gut. Das ist mir auch noch wichtig. Alle möchten das Beste für die Kinder. Aber wir als Mehrheit sind der Meinung, dass es für die Kinder, weil wir so gute Lehrer und so gute Schulleitungen und Vertrauen in den Stadtrat haben und die Mittel bereit stellen, besser ist, die Motion abzulehnen.

Christian Werner, SP-Fraktion: Viele Sprecher fangen immer mit dem Satz „Es ist schon viel gesagt“ an. Nachher zählen und tischen sie trotzdem wieder alles auf. Sämtliche Mitglieder unserer Fraktion haben diesen Vorstoss ja mitunterzeichnet. Ich denke, dass ich

deshalb darauf verzichten kann, alles noch einmal zu sagen. Aber ich möchte ganz klar betonen, dass sich die ganze Fraktion vorbehaltlos und klar hinter die Ausführungen von Stephan Hodonou stellt. Mario Clematide hat von einer unheiligen Allianz gesprochen und gesagt, dass die SVP das ganze Projekt kippen wolle. Ich finde dies unstatthaft. Erstens – Du hast es selber gesagt – gibt es ein Gesetz. Dieses Gesetz ist in Kraft. Du hast gesagt, dem sei mit 87 : 1 Stimme zugestimmt worden. Du kannst besser rechnen als ich. Aber 87 : 1 impliziert, dass wir im Kantonsrat auch dafür waren. Zweitens haben wir einen Motionstext, der klar sagt, was verbindlich ist, über was wir befinden und entscheiden. Er sagt nichts von kippen und nichts von abschiessen, sondern spricht von einem Zwischenstopp. Es geht nur darum, ob wir dies überweisen wollen oder nicht. Ich finde es nicht okay, wenn man hier versucht, uns auseinander zu dividieren und mit irgendwelchen interpretierten Sachen Stimmen wegnehmen will. Wir verstehen einfach nicht, weshalb man sich jetzt so beeilen muss. Klar ist es ein fahrender Zug. Das stimmt schon. Fakt ist aber einfach auch, dass auf Stufe Kanton weit mehr unklar als klar ist. Kein Mensch weiss, was in vier Jahren sein wird. Beispielsweise ist völlig unklar, ob die Leute wie Regierungsrat Fischer, die es jetzt „anteigen“ in vier Jahren noch im Amt sein werden. Sind die ersten Verantwortlichen bereits ausgewechselt worden. Es ist einfach unklar, was dann passieren und in vier Jahren wieder kommen wird. Deshalb haben wir Zeit. Wir müssen nichts überhasten, und es gibt keinen Grund, hier unbedingt „Entwicklungsarbeit“ zu leisten, wenn nachher alles wieder völlig anders kommen kann. Wir werden die Motion im Sinne des Motionstextes und nicht, um etwas zu kippen, einstimmig unterstützen.

Andreas Schibli: Damit die Integration bzw. spezielle Förderung erfolgsversprechend ist, sind flankierende Massnahmen respektive klare Rahmenbedingungen notwendig. Das ist unbestritten. In der Stadt Olten, vorwiegend in Schulhäusern auf der rechten Aareseite, gibt es Auffälligkeiten, was die Disziplinlosigkeit bzw. mangelnde Sozialkompetenz einzelner Schüler betrifft. Das haben die Motionäre schon eingehend an Beispielen erklärt. Es kann aber auch nicht sein – ich möchte dies an einem weiteren Beispiel erläutern - wenn eine Lehrkraft mir sagt, sie könne der Mehrheit der Klasse nicht gerecht werden, weil es drei oder vier verhaltensauffällige Schüler gibt, und es sind nicht solche, die einen Status der speziellen Förderung haben bzw. integriert sind. Hier sind zwingend Massnahmen notwendig, die auf einen geordneten Unterricht hinführen. Solche Massnahmen sind planerisch vorhanden, wie man aus den allgemeinen Informationen dieses Schulhauses nachlesen kann. Das kann bis zu einem Timeout führen. Was es bis zu einem Timeout braucht, kann man unter „Umgang mit schwierigen Schülersituationen“ des Kantons Solothurn nachlesen. Ein solches Timeout wird nach einem ganzen Rattenschwanz von Abklärungen in Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit verfügt. Die Aussage von oberster Stelle erstaunt dann aber schon, dass man möglichst wenig solche Timeouts ausführen bzw. aussprechen sollte. Hier kommt die Lehrkraft in einen Gewissenskonflikt. Soll sie jetzt solche Timeouts verfügen, damit sie der Mehrheit der Klasse gerecht wird, oder soll sie nicht solche Timeouts verfügen, damit sie dem Befehl von oben gerecht wird? Im Mittelpunkt dieser Betrachtungen müsste ein Interessensausgleich zwischen individuellen und kollektiven Interessen liegen. Es gilt, die Weiterführung der speziellen Förderung an den Wurzeln zu packen. Spezielle Förderung ist ein guter Ansatz, aber nur möglich, wenn die Rahmenbedingungen umsetzbar sind und flankierende Massnahmen wegen eben solcher Verhaltensauffälligkeiten verbindlich definiert sind. Das haben mir diverse Lehrkräfte und auch Schulleitungen bestätigt. Ich möchte sehr betonen dass verhaltensauffällige Schüler häufig nicht diejenigen sind, die den Status einer speziellen Förderung beanspruchen. Der Stellungnahme der BISPO vom 16. Dezember 2010 ist zu entnehmen, dass das Wissen vorhanden ist und es eine Grenze der Integrierbarkeit der verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schüler gibt. Die Direktion will solche Grenzen auch definieren und den Support ausbauen. Die Frage ist nur, wie dieser Support ausgebaut werden soll. Heute habe ich zum ersten Mal von solchen Schulinseln gehört. Wie weit dies jetzt aus der Not der heutigen Debatte oder aus tiefer Überzeugung entstanden ist, bleibt wirklich noch zu analysieren. Ich denke dabei zurück an das eingangs erwähnte Beispiel. Der Kanton hat diesbezüglich ein

Gefäss vorgeschlagen: Die regionalen Kleinklassen. Dazu gibt es aber noch viele offene Fragen des Kantons. Hier ist vorerst nichts zu erwarten. Das konnte man am letzten Samstag in der Zeitung lesen. Es kommt mir vor, als wolle man jetzt die spezielle Förderung auf Biegen und Brechen durchziehen und dies auf Kosten von Schülerinnen und Schüler. Ein Gefäss für Schüler mit mangelnder Disziplin braucht es auch auf der Sekundarstufe I, damit spezielle Förderung und Individualisierung, wie es in der Stellungnahme des Stadtrates steht, eben überhaupt möglich ist. Ich bin der Meinung, dass das Projekt der speziellen Förderung weiter verfolgt werden sollte, wenn ein solches Gefäss mit pädagogischem Support bereit steht. Aber eben: Bis jetzt habe ich nur Schulinsel gehört. Wie, wann, wo, was, wer, darüber weiss man nichts. Wenn der Stadtrat dies durchbringen möchte, solltest Du zu einem Teil für Überweisung der Motion sein. Hier steht nämlich schwarz auf weiss, was wir noch wollen. Das höre ich aber jetzt zum ersten Mal und hätte auch in die Antwort, die wir gestern erhalten haben, aufgenommen werden können. Beim Vorstoss geht es nicht um Integration ja oder nein. Die Integration bzw. die spezielle Förderung kommt ohnehin. Hier wollen wir auch Hand bieten. Der Kantonsrat hat das Gesetz dazu verabschiedet. Das haben wir gehört. Der Vorstoss beschreibt die Stolpersteine sehr gut. Es ist wirklich nicht einzusehen, weshalb die Stadt Olten jetzt den Schnellgang einlegen soll, bevor die kantonalen Rahmenbedingungen klar sind. Die spezielle Förderung erfolgsversprechend durchzuführen, benötigt flankierende Massnahmen. Ich möchte diese zuerst verabschieden, bevor ich weiter fahre. Deshalb bin ich für Überweisung dieses Vorstosses.

Heidi Ehrsam: Als ich am Montag von der Fraktionssitzung nach Hause kam, war ich mir noch nicht schlüssig, ob ich die Motion überweisen möchte oder nicht. Für mich war einfach klar, dass neue Unterrichtsformen weder Klassen noch Lehrkräfte in einem Mass belasten dürfen, dass die optimale Förderung gefährdet und die Lehrkräfte ins Burnout treibt. Ich habe mir dann überlegt, was es braucht, damit ich die Motion nicht überweise, und habe dann das Blatt zu Hilfe genommen, das Mario Clematide und die Bildungsdirektion am 16. November heraus gegeben haben. Hier wird ja aufgezählt, weshalb die spezielle Förderung vorangetrieben werden und man weiter fahren kann. Zuerst geht es um die Klassengrössen. Ich habe gesehen, dass wir zu einem Schnitt von 17,9 Schülern kommen. Während fast 30 Jahren habe ich Schulbesuche gemacht, in den letzten paar Jahren nicht mehr, weil es nicht mehr gemacht wurde. Die letzten Jahrzehnte habe ich Revue passieren lassen und mir gesagt: 17,9 Schüler. Wenn man bedenkt, dass Einführungsklassen 10 bis maximal 12 Schüler haben durften, liegen wir mit 17,5 Schülern darüber, aber nicht bis 15 Schüler darüber. Normale Primarschulklassen haben in der Zeit, in der ich der Schulkommission angehörte, meistens mit 22 oder 23 Schülern in der 1. Klasse angefangen. In der 2. Klasse sind dann jeweils noch zwei bis drei EK-Schüler dazu gekommen, so dass man im besten Fall man bei 25 Schülern war. Es konnten aber auch 26 oder 27 Schüler sein. Dann hat es vielleicht eine Assistenz gegeben. Von der Klassengrösse musste ich mir sagen, dass so, wie es hier scheinbar auch vom Kanton akzeptiert wird, die spezielle Förderung mit diesem Klassenschnitt möglich sein sollte. Beim Lektionenpool für die spezielle Förderung sind sicher noch viele Fragen offen. Aber ich vertraue darauf, dass die Bildungsdirektion weiss, dass man sie bedarfsgerecht einsetzen muss und nicht einfach für jedes Schulhaus gleich viel, sondern genau dort, wo es nötig ist, und sie auch das Maximum des Pools ausschöpfen kann und dies auch beantragt hat. Es gibt aber nicht integrierbare Kinder. Das ist schon mehrmals gesagt worden, und ich musste sagen, dass ich, wenn es nur so gummig unter Optimierungsbedarf da steht, Mühe habe. Hier möchte ich einfach schon etwas mehr Fakten. Ich habe gedacht: Sonst muss ich die Motion halt doch noch überweisen. Ich bin eigentlich heute gekommen und habe gesagt: Wenn hier nicht wirklich klare Aussagen kommen, enthalte ich mich halt letztlich aus Protest der Stimme, den bei diesem wirklich wichtigen Thema müssen die flankierenden Massnahmen wirklich unbedingt stimmen. Sonst gelingt dies nicht. Hier habe ich Angst für die Lehrkräfte und die normal begabten Schüler. Sie sind mir eben auch sehr wichtig, nicht nur die lernschwachen und die lernstarken. Mit der Aussage von Mario Clematide, die brandneu ist, glaube ich, dass dies zum Tragen kommt. Es wird auf beiden Stadtseiten gemacht und zwar grosszügig installiert. Die

Voraussetzungen bei der speziellen Förderung sind für mich erfüllt, damit ich die Motion nicht überweise. Jetzt noch kurz zum altersgemischten Unterricht: Das ist bei all diesen Diskussionen fast etwas zu kurz gekommen. Ich habe noch eine Frage. Mir ist dort wichtig, ob die Sprachheil-EK bleibt. Das ist ja auch ein Gefäss, das den altersgemischten Unterricht entlastet. Dann gibt es noch die Integrationsklasse von Frau Jäggi. Das ist ein Gefäss für die Kinder, die gar nicht deutsch sprechen. Sie können dort eine Zeitlang deutsch lernen, bevor sie in die Regelklassen eingegliedert werden. Dort müsste ich wissen, ob sie noch weiter bestehen wird. Beim altersgemischten Unterschied ist es natürlich eine Erschwernis, wenn die EK-Schüler von Anfang an dabei sind. Sofern die Antworten befriedigend ausfallen, werde ich die Motion nicht überweisen.

Stadtrat Mario Clematide: Die Sprachheilklasse, der Einführungskurs, bleibt, und die Integrationsklasse im Bifang bleibt ebenfalls.

Luzia Stocker Rötheli: Ich möchte noch einmal etwas aufzeigen, das ich gestern mit Stephan Hodonou schon zu klären versucht habe. Ich kann es nicht ganz nachvollziehen. Der Motionstext lautet folgendermassen: „Der Stadtrat wird aufgefordert, die Einführung der geplanten Projekte spezielle Förderung und Einführung einer altersgemischten Eingangsstufe zu sistieren, bis dass der Kanton klare Rahmenbedingungen in einer Verordnung erlassen hat und städtische Kleinklassen geschaffen worden sind, welche die problematischen Nebenerscheinungen des geplanten Projekts auffangen können“. Das ist, was wir überweisen wollen oder sollen und nichts anderes. Hier steht nichts, dass man im Sommer gleichwohl mit einem Schulversuch weiter fahren und etwas hin und her gehen kann, sondern wir überweisen dies. Das heisst, wir machen erst weiter, wenn klare Verordnungen vorhanden sind, und diese werden im Sommer nicht vorhanden sein. Im Sommer wird der Schulversuch da sein, und davon steht hier nichts. Man kann es jetzt nicht drehen und wenden, wie man möchte. Wir überweisen das, und darum geht es. Es ist Augenwischerei, wenn jetzt versucht wird, hier etwas anderes zu sagen. Dann hättest Du etwas anderes formulieren müssen. Das finde ich eben schade. Für mich ist klar, dass man den Sack schlägt und den Esel meint. Man versucht, etwas zu stoppen oder zu bodigen, was im Grundsatz eigentlich alle gut finden. Aber die Umsetzung klappt nicht. Dort müssen wir doch ansetzen. Wir müssen die Umsetzung stützen und diesen Support verstärken und nicht das Projekt bodigen.

Stephan Hodonou: Überhaupt nicht, Luzia. Es ist in diesem Sinn nicht wahr, weil Du sehen musst, dass am 17. Januar, als ich den Vorstoss geschrieben habe, in der Pipeline war, dass die Verordnung des Kantons innerhalb von drei Monaten kommen wird. Ich hätte prophetische Gaben haben müssen und in die Zukunft schauen können und wissen: 2015. Wenn Du sagst, ich hätte dies schreiben sollen, mutest Du mir viel zu tun. Aber dann brauche ich göttlichen Beistand. Das heisst, man muss davon ausgehen. Ich bin davon ausgegangen, dass die Verordnung bald kommen wird. Wenn man dies jetzt berücksichtigt, ist klar: Bis flankierende Massnahmen beschlossen werden. Wenn wir heute mit dieser Motion flankierende Massnahmen beschliessen, wissen wir, was wir haben. Das wissen wir sonst nicht. Wir haben eine rollende Planung. Ich möchte nur noch etwas zum Telefon sagen, das gestern oder heute vom Kanton gekommen ist. Weshalb ist es gestern oder heute gekommen? Weil er erst relativ spät angefragt worden ist. Weshalb ist er relativ spät angefragt worden? Weil die Idee Ende November/anfangs Dezember von mir dort eingespeist worden ist. Weshalb taucht die Schulinsel so plötzlich auf? Vorher hat noch nie jemand etwas davon gehört. Mit dieser Schulinsel, die ich sehr gut finde und sie deshalb gebracht habe, soll jetzt mein Vorstoss gebodigt werden. Das finde ich unzulässig und einfach unfair. Es zeigt wieder die konzeptionelle Schwäche. In der ganzen Planung hat man nie an eine Schulinsel gedacht. Es war nie ein Thema. Das zeigt einfach, dass Sachen fehlen. Wir haben noch nicht von einer kommenden altersgemischten Unterstufe 1. und 2. Klasse gesprochen. Wie es laufen soll, ist auch noch nicht ganz klar. Es ist nicht genau geklärt, wie es läuft. Aber es soll im Sommer starten. Hier fehlt noch sehr viel. Die erste

Weiterbildung hat stattgefunden. Aber bei den Lehrpersonen sind noch viele Fragen offen. Ich habe mit einigen Lehrpersonen gesprochen und keine einzige gefunden – ich habe nicht aktiv gesucht, sondern einfach mit ihnen ein Gespräch geführt – die Vertrauen hatte, dass es so, wie es umgesetzt wird, gut kommt. Das sollte doch zu uns sprechen. Es sollte ein Warnsignal sein: Keine einzige Lehrperson. Man kann nicht einfach nur sagen: Sie wollen sich nicht umstellen und darauf einlassen, sind etwas bequem oder was auch immer. Nicht bei so vielen.

Stadtrat Mario Clematide: Ich möchte zum altersgemischten Lernen auf der Unterstufe zwei Redner aufrufen, einerseits Ueli Kleiner als Gesamtschulleiter und andererseits Stadträtin Iris Schelbert, die dies praktiziert.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich unterrichte nicht in Olten, sondern in Däniken. Dort haben wir einfach nicht die komfortable Lage, dass wir für jede Klasse genügend Kinder haben. Wir haben seit eh und je altersgemischte Klassen: 1./2., 3./4., 2./3., wie es gerade kommt. Im letzten Jahr war es eine 4./5., in diesem Jahr eine 5./6. Meine Kollegin und ich machen dies einfach, weil wir es machen müssen und können. Für die Kinder ist es kein Nachteil, für uns manchmal etwas mehr Aufwand, aber auch nicht immer. Es ist absolut gut für Kinder. Die kleineren schauen bei den älteren etwas ab und freuen sich, wenn sie schon vor der Zeit zwei Wörter Französisch können. Es gibt ein paar Sachen, die man ein Jahr später mit ihnen macht, die sie schon mitbekommen. Die grösseren helfen manchmal den kleineren. Das ist keine Staatsaffäre, sondern einfach Professionalität, die wir Lehrerinnen und Lehrer haben.

Ueli Kleiner: Ausgangspunkt zum altersgemischten Lernen war, dass es keine Einführungsklassen mehr gibt. Das ist eine Vorgabe innerhalb der Struktur der speziellen Förderung. Dann ist man vor der Frage gestanden, was man aus dieser Situation macht. 2010/11 wird in Olten an 13 Abteilungen altersgemischtes Lernen praktiziert. Alle Kinder, die den Kindergarten besuchen, tun dies in altersgemischten Klassen. Seit jeher werden auf dieser Stufe zwei bis drei Jahrgänge in der gleichen Lerngruppe unterrichtet. Die Kindergartenlehrpersonen haben gelernt, die Vorteile dieser Struktur zu nützen. Jüngere lernen von den älteren durch Nachahmung und Vorbildwirkung und können Lernimpulse aufnehmen, die in homogenen Gruppen nicht möglich sind. Individualisierender Unterricht gewährleistet auch, dass die Älteren ihre Ziele entsprechend ihrem Lern- und Entwicklungsstand verfolgen können, weil am Anfang der Schullaufbahn auch die Sozialisation sehr wichtig ist, gibt es auch hier wichtige Lernfelder. Ältere übernehmen sehr gerne die Verantwortung für die Jüngeren und führen sie in das Regelgefüge der Gruppe ein. Lehrpersonen, die im Bereich des altersgemischten Lernens tätig sind, nennen als gewichtigsten Vorteil, dass bereits nach einer Woche die neu zusammengesetzte Lerngruppe sozial funktioniert und dies in einklassigen Abteilungen nicht der Fall ist. Die altersgemischte Struktur war auch in den auslaufenden Einführungsklassen übernommen. Für Kinder ist also die Zusammensetzung der altersgemischten Gruppe nur die Fortsetzung dessen, was sie bereits kennen. Sie sind sich dies gewöhnt. Sie kennen nichts anderes, wenn sie an die Unterstufe kommen. Der Vorteil, den die altersgemischten Gruppen in der 1. und 2. Unterstufe haben, ist, dass Beschleunigung möglich ist. Das ist ein Hinweis für die Begabungsförderung und auch Verzögerung ist möglich, wenn jemand mehr Zeit als die vorgesehenen zwei Jahre braucht. Kinder werden auch im altersgemischten Lernen nicht intelligenter als sie sind, und die Qualität des altersgemischten Lernens hängt wie jede Unterrichtsqualität von der guten und engagierten Arbeit von Lehrpersonen ab. Noch ein Wort zu den Schulinseln: Der Ausdruck Deus ex Machina ist gefallen. Diese Idee ist nicht heute Morgen aus dem Hut gezaubert worden, sondern liegt bereits in der Begründung vor. Im Kommentar führt der Stadtrat aus: „Als flankierende Massnahme städtische oder regionale Kleinklassen vorzusehen, wie dies die Motionäre nahe legen, ist Teil des entstehenden Konzepts. Dieser Impuls ist bereits aufgenommen“.

Huguette Meyer Derungs: Beim Lesen der Motion habe ich gedacht: Doch, das tönt gut. Viele Argumente konnte ich nachvollziehen und hatte auch das Gefühl, in der Sache zuzustimmen, aber ich finde, dass der politische Weg nicht der richtige ist. Ich meine, man sollte einen Prozess, der eingeleitet ist, weiter führen. Auch stört mich etwas, dass ich das Gefühl habe, alles, was im Moment nicht gut läuft, werde einfach an der speziellen Förderung aufgehängt. Alles Neue bringt Verunsicherung. Das ist immer so. Ich denke, es bietet auch Verbesserungspotenzial. Als Lehrperson kann ich sagen, dass die Heterogenität so oder so zugenommen hat. Inzwischen habe ich drei Jahrgänge in einer Klasse. Ich habe verschiedene Kulturen in einer Klasse. Es gibt verschiedene Bildungshintergründe, und die Vorstellungen der Eltern, was eine gute Schule oder ein guter Unterricht ist, oder wie die Kinder erzogen werden, werden auch immer diverser und dies alles ohne spezielle Förderung. Zum Vergleich, wie gut Olten da steht – ich unterrichte nicht in Olten - kann ich noch sagen, dass ich eine gemischte Sek-Oberschule mit 23 Schülern habe. Das wäre wahrscheinlich in Olten unvorstellbar. Hier sieht man, wie gut Olten eigentlich da steht. Ich kann auch sagen, dass die drei Oberschülerinnen, die sogenannten Integrierten in meiner Klasse, überhaupt keine Probleme bereiten. Ich habe zwei, drei Sek-Schüler, die ich, wenn ich es so sagen darf, manchmal auf den „Mond schießen könnte“. Heute ist der Begriff Schulinsel gefallen – das unterstütze ich und denke, das ist der politische Weg, dort Druck zu machen, damit es wirklich kommt. Oder auch die erwähnte TASO. Dort wird den Schülern geholfen. Das hat nichts mit Integration zu tun. Es hat in diesem Sinn damit zu tun, dass eben ein Schulklima gefördert werden muss, damit alle individuell arbeiten können. Dort sind übrigens dann auch die Begabten viel besser dran, weil es eine homogene Klasse gar nicht mehr gibt. Wenn man mit allen gleich weit kommen möchte, hat es immer solche, die hinten nach hinken, und die Superguten kommen auch nicht weiter als dorthin, wo man mit allen hin geht. In der integrierten Klasse, beim individuellen Unterrichten, kommen eben auch diejenigen, die sonst weiter kämen, noch weiter. Alles an einer Klasse aufzuhängen, finde ich auch etwas übertrieben. Die Schule Olten sehe ich als recht fortschrittlich. Ich habe auch Einblick in andere Schulen, weil ich anderswo unterrichte und andere Lehrpersonen kenne. So kleine Klassen wie in Olten gibt es wahrscheinlich fast nirgends. Das Sozialprojekt im Sälischulhaus oder auch die Schulsozialarbeit usw. Ich finde, dass Olten auf einem guten Weg ist, und ich schenke ihnen auch das Vertrauen, dass sie dort weiter gehen und den eingeschlagenen Weg weiter führen. Ich denke, ich würde einfach Druck machen, dass die Sache mit den Schulinseln usw. unbedingt kommt, weil dort vielen Lehrpersonen geholfen ist. Es ist auch den Kindern, die ständig stören, geholfen. Auch den anderen Kindern, die unter diesen Störungen leiden, ist geholfen.

Felix Wettstein: Ich stelle fest, dass die Motion einen ganz falschen Titel hat. Sie müsste nämlich heissen: „Motion zur Schaffung einer Spezialklasse in Olten für Timeout-Schülerinnen und Schüler“. Meines Wissens hat Chur dies tatsächlich vor rund sechs Jahren zuerst entwickelt. Ich bin sehr froh, heute Abend gehört zu haben, dass bereits eine Delegation nach Chur gegangen ist. Ich habe dies damals mit Interesse verfolgt, und denke, wenn jemand eine solche Motion formulieren würde, sie eine Chance hätte. Ich glaube, ich würde sie auch unterstützen. Damit wir nicht länger vom Falschen sprechen schlage ich vor, dass wir nicht mehr weiter von einer Motion reden, die eigentlich einen anderen Titel haben müsste. Spezielle Förderung sind fünf Sachen. Das steht im Gesetz, das 2007 angenommen worden ist. Erstens spezielle Förderung für Kinder mit Hochbegabung, zweitens für solche mit Lernschwächen, drittens für solche mit Sprachbeeinträchtigungen, viertens für Bewegungsbeeinträchtigungen, und fünftens ist auch noch Deutsch als Zweitsprache geregelt, das allerdings in der abgelehnten Verordnung nicht enthalten ist. Das und nur das ist das Thema der speziellen Förderung. Verhaltensauffälligkeit war nicht Gegenstand dieses Gesetzes und auch nicht der zurückgewiesenen Verordnung. Dass man zusätzlich die Möglichkeit regionaler Kleinklassen vor hatte und die Bedingungen dazu noch nicht wirklich ausgearbeitet waren, ist heute Abend schon mehrmals gesagt worden. Der Irrtum, von dem ich glaube, dass ihn der Kanton selber produziert hat, ist, dass er diesem Gefäss den Namen Kleinklasse gegeben hat. Das schafft Verwirrung, dass die einen meinen: Jetzt wollen sie

einerseits Kleinklassen abschaffen, und gleichzeitig sollte man eigentlich regionale Kleinklassen einführen. Man hat jetzt von Schulinseln gesprochen, was immer der Name sein wird. Ich denke, es ist nützlich, was immer wir in Olten daraus machen, dass wir nicht das Wort Kleinklasse brauchen, um nicht irgendwie falsche Verknüpfungen herzustellen. Aber noch einmal: Spezielle Förderung handelt nicht von den Kindern, um die es heute Abend hauptsächlich geht und Andreas Schibli und Stephan Hodonou Bauchweh bereiten.

Lukas Derendinger: Ich möchte hier noch ein Votum einer Stimmung von Lehrpersonen, die an mich heran getreten sind, einbringen. Wenn ich heute Abend von Mario Clematide zuerst fast mit Ausrufezeichen gehört habe, im Bifangschulhaus herrsche keine schlechte Stimmung und nachher im gleichen Satz kommt, es herrsche angespannte, sogar sehr angespannte Stimmung, frage ich mich schon dort: Was jetzt? Ich sage es jetzt in meinen Worten und nicht so, wie ich es gehört habe. Wenn mir Lehrpersonen berichten, dass ihnen fast aus dem Mund verboten wird, über Probleme, die man mit der integrativen Schulung hat, zu reden, bekomme ich ein ziemlich mulmiges Gefühl. Auch Aussagen wie Lehrpersonen würden verheizt, kommen in diesem Zusammenhang. Es ist klar, dass irgendetwas nicht stimmt. Ich bemühe jetzt auch noch ein Fremdwort, aber ein französisches. Da kommt mir der Concorde-Effekt in den Sinn, dass man ein Projekt, das man jetzt hat und aufgegleist hat, einfach durchziehen muss, ohne Rücksicht auf Verlust oder vielleicht mit zu wenig Rücksicht auf Verlust. Deshalb möchte ich beliebt machen, die Motion zu überweisen.

Dr. Arnold Uebelhart: Ich habe ausgerechnet, dass wir rund 25 sind, welche die Motion ablehnen, und hoffe, dass es dabei bleibt. Woher komme ich? Ich bin weder Lehrer noch speziell nahe. Ich bin „Ehemann von“, Schulblattleser. In der Sprechstunde höre ich auch ab und zu von Kindern. Den meisten gefällt es in der Schule. Diejenigen, die Migräne haben, sagen am Anfang, es sei wegen der Schule. Wenn man genauer zuhört, ist es dann nicht die Schule. Hier passiert auch sonst sehr viel zu Hause. Ich habe zugehört, vor allem auch Stephan Hodonou. Die Anamnese: Du hast ein paar Sachen erzählt, bist aber eigentlich nie zum Punkt gekommen. Ich habe mir immer überlegt, ob die Diagnose und Therapie richtig ist. Stimmt es überhaupt, was Du uns vorschlägst? Deine Anamnese ist klar. Du hast einige Einzelfälle gebracht. Das darf man sagen. Man muss mit der Erfahrung anfangen, die man hat. Wasforderst Du? Du forderst sistieren mit der Voraussetzung, dass in drei Monaten die Verordnung kommen würde, man warte am Schluss ein Jahr. Es werde ein Jahr verschoben, damit man klarer weiss, was zu tun ist. Jetzt hast Du aber die Voraussetzung der Motion, den Boden nicht mehr. Es geht wesentlich länger. Sistere heisst eigentlich auslaufen lassen und aufhören. Zur altersgemischten Eingangsstufe hast Du gar nichts erwähnt. Du hast zwei Sachen zusammen gemischt, die wahrscheinlich nichts miteinander zu tun haben. Dazu, bis die städtischen Kleinklassen geschaffen worden, ist man an der Arbeit. Das habe ich gehört. Die Voraussetzung Deiner Motion stimmt nicht mehr und Du müsstest sie eigentlich zurück ziehen. Dann habe ich die Sache mit dem Boxenstopp gehört. Ich sehe am Sonntag nicht oft fern. Die meisten Autorennen habe ich bei Hausbesuchen gesehen. Dort habe ich den Leuten sagen müssen: Stellt bitte den Fernseher ab. Das sind wahrscheinlich die sogenannt bildungsfernen Schichten. Dort habe ich aber beim Boxenstopp gesehen, weil ich ja keinen Fernseher habe und selten schaue, dass es an diesen Boxen hektisch zugeht. Sie sind nicht einfach dort geblieben. Dort rennen 20 bis 30 Leute. Es besteht Hektik. Ich glaube, Du hast gar noch nie ein Autorennen gesehen, dass für Dich ein Boxenstopp sistieren ist. Ein Boxenstopp ist etwas anderes. Das ist nämlich das, was sie jetzt machen. Die Sozialarbeiter arbeiten und die Schulleitung arbeitet. Auch dort kann man sich ja fragen: Ein Lehrer, der nicht mehr mag. Du hast von dieser Klasse erzählt. Die Schulleiterin könnte ja auch einmal sagen: Ich mag nicht mehr. Wieso mag sie dann? Es scheint offenbar mit der Persönlichkeit, die dort arbeitet, zu tun zu haben. Ich glaube, im Bifangschulhaus sind es 50 Lehrer, und zwei oder drei davon haben jetzt einmal ein Problem, was man hört. Was hinten rum läuft, weiss ich nicht. Das Rennen läuft. Ich komme jetzt einfach zum Schluss, dass ich eigentlich Vertrauen in die Führung habe. Ich habe Mario Clematide als Stadtrat gewählt und jetzt, wo es heiss wird, kann ich nicht einfach sagen, ich falle ihm jetzt in den Rücken. Das möchte ich

schon noch sagen. Der wichtigste Satz „eine heterogene Schule. Das habe ich bis jetzt gar noch nicht realisiert. Aber die Schule ist heterogen, und die Gesellschaft ist auch heterogen. Sie ist nicht wie bei Albert Anker. Das war ein Auftragsmaler von Leuten in den Bürgerhäusern, die ein schönes Emmental wollten. Ich höre mehr von Gotthelf: „Freuden und Leiden eines Schulmeisters“. Das scheint schon damals ein Problem gewesen zu sein. Das war noch keine geleitete Schule. Integration im Emmental. Ich weiss nicht. Es gab Reiche und Arme. Das ist klar. Christian, Du sagst, dass man nicht weiss, was in Zukunft sein wird. Aus der Zukunft kannst Du nicht Handlungsanweisungen für jetzt ableiten. Du kannst nicht sagen: Ich weiss nicht, was in Zukunft sein wird, also mache ich jetzt nichts. Ich denke, wir müssen Rückgrat zeigen, die Motion ablehnen und die Führung unterstützen, damit es klar ist und es auch das Volk und die Lehrer hören: Wir wollen diesen Weg gehen.

Corinne Bader: Ich bin selber Heilpädagogin, arbeite in einer Integrationsklasse in Liestal, und wir gehen sogar noch weiter, weil wir vier geistig behinderte Kinder in einer Klasse mit 23 Kindern haben plus Kleinklässler, die auch noch integriert sind. Ich bin 100 % in dieser Klasse, bin aber ausschliesslich für die vier geistig behinderten Kinder zuständig. Ich habe den Luxus, noch eine Praktikantin zu haben und für das integrierte Kleinklassenkind haben wir zusätzlich noch eine ISF-Lehrperson, die einfach lektionenweise bei uns ist. Wir nutzen diese Ressourcen und zwar nicht, damit wir einfach abgekapselt nebeneinander arbeiten können. Die ISF-Lehrperson kümmert sich um ihren Kleinklässler, ich um meine vier Kinder, die Praktikantin sitzt daneben und hilft noch einem meiner Kinder, sondern wir nutzen diese Ressourcen. Wir arbeiten zusammen. Wir schauen, wo es Sinn macht. Wo können wir auch Leistungsgrüppchen machen. Dann kommen nämlich auch die starken und die schwächeren Schüler auf ihre Kosten. Dann kann man wirklich allen Kindern einigermaßen gerecht werden. Bei uns ist es auch so. Die verhaltensauffälligen Kinder sind keine geistig behinderten Kinder. Es ist auch nicht das EK-Kind, sondern es sind ganz andere Kinder. Es ist dann eben auch eine Chance, wenn mehrere Lehrpersonen im Schulzimmer sind, damit man die Klassenlehrperson dort unterstützen und auch aushelfen und bei ihnen schauen kann. Wir haben uns immer wieder ausgetauscht und auch gewisse Gelingensbedingungen festgestellt, die einfach gegeben sein müssen. Ich habe vorher geschaut, welche Gelingensbedingungen es hier gibt. Für mich gibt es schon auch noch grosse Fragezeichen. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Als ich gesehen habe: Für die ganze Stadt Olten 69 Lektionen. Das ist so etwas ein Pflasterchen. Hier verstehe ich schon, wenn auch Ängste vorhanden sind. Das verstehe ich absolut. Ich bin sehr für Integration, aber Integration kostet. Das ist einfach so. Aber separieren kostet auch. Für mich ist dort einfach wichtig: Kommunikation, Kommunikation, Kommunikation und zwar an alle. Ich habe jetzt auch zum ersten Mal von diesen Schulinseln gehört und kann mir noch nicht wirklich etwas darunter vorstellen. Womöglich stellt man den irgendwo einen Container hin, den sie dann mit Blumen bemalt werden kann. Wenn sie fertig sind mit dem Blumen malen, können sie drinnen Mandala machen, wenn sie im Schulzimmer Unsinn machen. Es ist jetzt ganz böse und überspitzt gesagt. Aber ich kann mir wirklich noch nichts darunter vorstellen. Ein Mittel sind für mich auch schnelle Timeout-Lösungen, dass man sagt: So, nächste Woche gehst Du in das andere Schulhaus und bist dann einfach einen Moment dort. Dann sind sie einmal aus der momentanen Situation draussen und müssen sich dort wieder einfügen. Die Lehrpersonen sind für den Moment entlastet. Für mich ist dort noch die Frage, was mit den Eltern passiert. Das fehlt mir auch. Welche griffigen Massnahmen gibt es dort, sei es für diejenigen, die sich nicht dafür interessieren, fehlen oder was auch immer? Aber dann auch: Gibt es Unterstützung für diejenigen Eltern, die etwas machen wollen und selber mit ihren Kindern am Anschlag sind? Als Schlusswort möchte ich sagen, dass das, was wir hier haben, eine extreme Chance ist. Ich habe dies auch gesehen. Wir können es selber entwickeln. Wir können es anpassen, damit es für uns stimmt. Es ist ja nachher nicht in Stein gemeisselt. Man muss einmal arbeiten, starten, einmal schauen, was „verhebt“ und was nicht und was noch gebraucht wird. Es ist wichtig, dass man dies gut prüft und nachher wirklich auch verändert.

Marcel Steffen: Für mich ist es wichtig, ganz am Anfang eine Feststellung zu machen. Ich bin nicht gegen die Integration, ich bin nicht gegen die Schulleitung, ich bin nicht gegen Mario, wie man es heute auch schon gehört hat: Wenn man dies jetzt überweist, ist man gegen Mario. Es geht mir nicht gegen irgend jemanden, sondern darum, dass ich gegen dieses Tempo bin. Wir sind schon bei den Zügen und beim Auto gewesen. Ich bleibe beim Auto. Der Kanton hat in seinem Bildungs-Ferrari die Handbremse angezogen, die Stützräder ausgefahren und gleichzeitig noch das Notrad hinten rechts aufgezogen. Die Autobegleiteten wissen, dass man mit dem Notrad nur noch 80 fahren sollte, weil es sonst etwas gefährlich wird. Ich werde einfach das Gefühl nicht los, dass wir weiterhin mit 120 durch die Gegend brettern. Dieses Gefühl werde ich nicht los. Im Zentrum scheint der Schulversuch durch die DBK zu stehen. Ich habe mich etwas gefragt, was wir uns davon erhoffen. Wir haben sehr viel gehört, sehr viel Gutes gehört. Wir haben Pioniergeist gehört. Man darf nicht sagen, dass es schlecht ist. Das ist super. Wir haben gehört, dass wir dort bestimmen und sagen können, was wir wollen. Das ist sicher gut. Das glaube ich auch. Ich sehe, dass dort wahrscheinlich etwas ist. Bezahlt wird es erst noch von einem andern. Das ist super. Was bringt es den Oltner Kindern? Ich habe dies noch nicht schlüssig beantworten können. Was bringt es unseren Lehrern? Man hört beide Seiten. Man hört solche, denen es nicht gefällt und solche, denen es sehr gefällt. Es hat sicher auch genügend, die dies durchaus können. Das stelle ich nicht in Frage. Ich frage mich einfach, was es bringt. Was bringt es uns als Stadt, wenn wir bei diesem Versuch mitmachen? Sind wir nachher die Helden? Haben wir dann ein Modell geschaffen, das Hägendorf auch übernehmen kann? Wenn wir Glück haben, macht es Montreux genau gleich. Dann sprechen sie vom Oltner Modell, das sie jetzt eingeführt haben. Ich habe mich gefragt, was die Motivation ist. Wir haben auch fast etwas vorwurfsvoll gehört, man müsse jetzt Rückgrat zeigen und dies ja nicht überweisen. Man hat auch etwas einen Vorwurf gehört, wenn man dies überweist, verhindert man. Ich habe mich gefragt, ob wir das Kind mit dem Bad ausschütten oder im kalten Wasser weiter baden lassen und darauf hoffen, dass der Schulversuch dann etwas warmes Wasser hinein schüttet, damit es wieder etwas angenehmer, vielleicht lauwarm, wird. Ich bin in vielem unsicher und weiss nicht, ob der Stopp das Richtige ist oder einfach weiter: Augen zu und durch. Ich bin mir nicht schlüssig. Gestern haben wir über 10 Millionen Franken für den Bahnhof Ost diskutiert. Das ist mir viel leichter gefallen. Dort konnte ich sagen: Wir buttern diese 10 Millionen dort locker hinein. Die Velolanlage gefällt mir. Das kann ich hier nicht sagen. Ich weiss es wirklich noch nicht. Sind wir zu früh oder zu spät? Wann ist ein Projekt so weit, dass wir eigentlich Point of no return haben. Wir können nicht mehr zurück. Wir sind schon dabei. Das Ding fährt. Wir haben die Chancen, aber auch die Risiken gehört. Was wiegt mehr auf dieser Schale? Mir ist auch aufgefallen, dass wir viele Bildungswissenschaftler im Parlament haben. Wir haben Ärzte und Juristen. Ich bin nichts von diesen dreien. Ich denke, es ist manchmal auch etwas eine Glaubensfrage, was man hier genau will. Für mich selber ist es ein Bauchgefühl, sogar noch viel schlimmer. Ich habe zwar auch einmal gehört, man solle auf den Bauch hören. Ich höre auf den Bauch, und das heisst eigentlich: Mehr Zeit haben. Wir haben keinen Druck, dies zu machen. Eigentlich könnten wir uns jetzt so aufstellen, dass wirklich alles funktioniert und läuft. Deshalb bin ich schliesslich trotzdem zur Entscheidung gekommen, dass ich die Motion überweisen werde.

Stadtrat Mario Clematide: Zuerst möchte ich für die engagierte, sachliche, zum Teil auch emotionale Debatte danken. Ich weiss nicht, wann das Oltner Parlament zum letzten Mal fast zweieinviertel Stunden über Bildungsfragen diskutiert hat. Dafür möchte ich Euch ganz herzlich danken. Ich möchte beim Votum von Marcel Steffen anschliessen. Wir müssen aufpassen, dass wir die verschiedenen Verantwortungsebenen nicht mischen. Verantwortung des Kantons auf der einen Seite und Verantwortung des BISPO auf der anderen Seite. Ich nehme für mich und die BISPO in Anspruch, dass wir im Wissen darum, dass wir der grösste Schulträger sind, nicht einfach warten können, bis der Kanton sagt: Los, Riemen los, Maschinen marsch. Das geht nicht. Wenn man warten würde, bin ich überzeugt, dass man diese Risiken geht, die wir jetzt gegangen sind. Hier sind wir gefordert. Dass wir jetzt noch die Chance haben, auf der Brücke zu stehen und zu sagen, wie wir es gerne hätten, damit

es gelingt: Diese Chance müssen wir packen. Was ein Stoppen bringt, ist mir auch nach dem zweiten Votum von Stephan Hodonou noch nicht klar geworden. Ich möchte dabei sein, wenn entschieden wird, und nicht in Hast reagieren müssen. Was habe ich heute Abend gehört, was für mich wichtig ist? Erstens: Die aktuellen Probleme, die nichts mit spezieller Förderung zu tun haben, die aber niemand von uns geleugnet hat, müssen wir lösen. Ich habe schon gesagt, dass wir dabei sind, die Probleme mit Schulintervention und schulexternen Experten in den Griff zu bekommen. Zweitens: Die Information. Hier sage ich: Mea culpa, mea culpa und noch einmal mea culpa. Hier müssen wir schleunigst über die Bücher gehen. Lukas Derendinger: Wenn es so ist, dass Lehrpersonen an der Schule Olten bedroht werden und nichts sagen dürfen, weisst Du ganz genau, dass dies nicht meiner Vorstellung von geführten Schulen entspricht. Wenn dies so ist, könnt Ihr sicher sein, dass dies, wenn es passiert ist, nur einmal passiert. Meine Türe ist immer offen. Zu Stephan Hodonou: Chancen, Pilotprojekte, Inseln seien von Dir. Ich danke Dir dafür und fordere Dich auf und bitte Dich auch: Mach mit, wenn es darum geht, in Olten ein solches Instrument zu schaffen. Wir sind dankbar für Deine Inputs. Das kannst Du mir glauben. Auch wenn es darum geht, eine TASO-Lösung anzustreben, sind wir für alle Inputs, die wir erhalten, auch von der HPSZ, sehr, sehr dankbar. Ich sage auch dazu, dass der Kanton ebenfalls froh ist, wenn wir diese Chance packen und ihm gegenüber zeigen, dass es möglich ist, so etwas zu institutionalisieren. Zur Schulkommission, auch noch was die Verantwortlichkeit angeht: Dass die Schulkommission die ungeklärte Rolle hat, die sie jetzt hat, ist nicht uns zum Vorwurf zu machen. Auch hier der Aufruf an die Schulkommission. Wenn wir die Schulkommission bitten, beim „Schulversuch“ mitzumachen, sollte man dies als Chance ergreifen und nicht, um uns von der BISPO einen Vorwurf zu machen. Das ist ein ehrlich gemeinter Aufruf und kein Werbegag. Werbung hat in der Schule nichts zu suchen, aber auch gerade gar nichts. Es geht um das Wichtigste. Man sagt immer, die Kinder seien der Rohstoff, die Bildung sei der Rohstoff einer Gesellschaft. Deshalb hat Werbung hier keinen Platz. Ich bitte Sie, die Motion nicht zu überweisen.

Parlamentspräsident Heinz Eng: Stephan Hodonou, ich weise Dich jetzt auf etwas hin: In einem Absatz von Artikel 28 steht: „In der Regel wird zum gleichen Gegenstand maximal dreimal gesprochen“. Kraft meines Amtes kannst Du jetzt noch einmal sprechen.

Stephan Hodonou: Ich möchte Mario Cematide für die Einladung danken, die ich selbstverständlich wahr nehmen werde. Ich werde konstruktiv mitmachen. Es war von Anfang an immer mein Interesse, mich konstruktiv einzubringen. Mir geht es wirklich um die Sache. Bevor wir zur Abstimmung kommen, möchte ich einfach festhalten, was Fakt ist. Fakt ist, dass wir Stimmen von Leuten gehört haben, die das Gefühl hatten, sie seien nicht zur Geltung gekommen. Das sind Kinder, Lehrpersonen und Eltern. Es ist nicht einfach über Nacht, sondern über eine längere Zeit passiert. Fakt ist, dass die Schulkommission eingeladen ist mitzumachen. Das ist ein Superergebnis und ist mit diesem Vorstoss möglich. Fakt ist, dass die Schulinsel kommt. Das ist eine Supersache. Das haben wir jetzt. Wenn wir mit der Motion ein Zeichen setzen können, können wir dort weiter fahren. Wir können überall weiter machen. Der Kanton ist interessiert, dass die grösste Gemeinde weiter macht. Auch wenn wir hier zustimmen, verbauen wir uns nichts.

Beschluss

Mit 28 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Überweisung abgelehnt.

Stadtrat Mario Cematide: Ich danke Euch für das Votum. Für uns als Schulverantwortliche, und hier nehme ich alle Schulleitenden und Projektleitenden in die Pflicht, ist es eine Verpflichtung und Herausforderung zugleich. Ich danke Euch für das Vertrauen und sichere Ihnen zu, dass ich für die Entwicklung der Schule Olten im Speziellen und der Schule im Kanton Solothurn das Beste geben werde. Es entspricht guter schweizerischer Tradition, dass dem Willen der Mehrheit Nachachtung verschafft wird. Aber es ist eine ebenso gute

Tradition in der Schweiz, dass die Anliegen der Minderheit gebührend berücksichtigt werden.
Stephan Hodonou, darauf kannst Du zählen.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2011

Akten-Nr. 45/5

Prot.-Nr. 60

Interpellation Stephan Hondonou (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Situation und Strategie spezielle Förderung in den Geleiteten Schulen der Stadt Olten/Beantwortung

In der ganzen Schweiz wurden im Zuge der Umsetzung der Schulischen Integration (im Kanton Solothurn Spezielle Förderung genannt) verschiedene, problematische Erfahrungen gemacht. Zum einen ist der Markt für Heilpädagogen und Heilpädagoginnen nach wie vor total ausgetrocknet und zum andern scheinen etliche Kantone viel zu wenig finanzielle Ressourcen bereitzustellen. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass einige Städte und Kantone die ganze Umsetzung noch einmal überdenken. Der solothurnische Lehrverband (LSO) hat vor dem Hintergrund der im Bildungsdepartement beschlossenen Rahmenbedingungen sogar den Projektausstieg vollzogen. Ein massiver Qualitätsabbau wird befürchtet, denn für eine gelingende Umsetzung der Speziellen Förderung/Schulischen Integration braucht es sowohl optimale Rahmenbedingungen als auch fachgerecht ausgebildete Lehrpersonen.

In der Parlamentssitzung vom 25. März 2010 hat Stadtrat Mario Clematide im Zusammenhang mit der Sek 1-Reform und der Schulischen Integration ein städtisches Gesamtkonzept betreffs Spezielle Förderung (Schulische Integration) für nach den Frühlingsferien in Aussicht gestellt.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

- 1) Wie sieht das stadtspezifische Konzept der Speziellen Förderung/Schulischen Integration der Geleiteten Schulen Stadt Olten aus?
- 2) An welcher Referenzgemeinde orientiert sich die Stadt Olten in Sachen Spezielle Förderung/Schulische Integration?
- 3) Ab wann oder aufgrund welcher Kriterien qualifiziert sich ein Kind in der Stadt Olten für das Gefäss der Speziellen Förderung/Schulischen Integration?
- 4) Wie wird in Olten sichergestellt, dass lernstarke Kinder oder Kinder mit kleineren Defiziten in einer ähnlichen Intensität gefördert werden?
- 5) Wie sieht das Zahlenverhältnis (relativ und absolut) in den Geleiteten Schulen Olten aus zwischen adäquat ausgebildeten und nicht fachgerecht ausgebildeten Heilpädagoginnen und Heilpädagogen?
- 6) Wie stellt die Stadt sicher, dass in den nächsten 5 Jahren nur noch adäquat ausgebildetes Personal oder zumindest ein sehr hoher Prozentsatz davon die Spezielle Förderung/Schulische Integration gestaltet?

- 7) Wie gedenkt der Stadtrat künftig die Bevölkerung im Allgemeinen und die Eltern im Speziellen über solche strategische Entwicklungen wie der Speziellen Förderung/Schulischen Integration in den Geleiteten Schulen Olten zu informieren?

- - - - -

Stadtrat Mario Clematide beantwortet im Namen des Stadtrates die Interpellation wie folgt:

a) *Grundsätzliches*

Die Spezielle Förderung ist eine Erfolg versprechende Antwort auf die unbestrittenermassen ausgeprägte Vielfalt an allen Schulen im Volksschulbereich. Bis zu 3 Jahrgänge und Kinder aus bis zu 8 Herkunftsländern werden innerhalb der selben Klasse unterrichtet. Dies sind Gegebenheiten, die allgemein anerkannt sind und entsprechende pädagogische Antworten erfordern. Nicht jedes Kind wird zur gleichen Zeit die gleichen Lernimpulse brauchen, um gemäss seinen Anlagen und Fähigkeiten Lernfortschritte erzielen zu können. Offene und verantwortungsbewusste Schulen stellen sich der Frage: Wie sollen wir in den gegebenen sozialen und gesellschaftlichen Verhältnissen wirkungsvoll unterrichten? Lediglich traditionelle Unterrichtskonzepte müssen erweitert werden und dies geschieht in weiten Teilen der Schweiz, im Kanton Solothurn und in Olten gemäss den Grundsätzen der Speziellen Förderung:

- **Individualisierung:** Das Lernen des Kindes. Schüler/-innen haben individuelle Lernvoraussetzungen (auch besonders gute!). Dies soll im Unterrichtsgeschehen berücksichtigt werden.
- **Differenzierung:** Aufgabenstellung und Steuerung durch die Lehrpersonen. Die Lehrpersonen stellen Lerngegenstände (Unterrichtsthemen) bezüglich Bearbeitungstiefe differenziert dar und bereiten sie methodisch-didaktisch entsprechend auf.
- **Zusätzliche Unterstützung durch Heilpädagogik:** Die Klassen- und Fach-Lehrpersonen erhalten professionelle Unterstützung durch ausgebildete Lehrpersonen mit Spezialwissen (schulische Heilpädagogen).
- **Förderplanung:** Lehrpersonen und Schulische Heilpädagogen stellen Lernstörungen, Verhaltensdefizite und besondere Begabungen fest und stellen eine darauf bezogene Förderplanung auf.
- **Gemeinschaftsförderung im Klassenverband:** Neben individualisierenden Unterrichtssequenzen soll der Gemeinschaftsförderung innerhalb des Klassenverbandes Beachtung geschenkt werden. Verbindlich durchgeführter Klassenrat, Zusammenarbeitsformen und gemeinsame Anlässe tragen zur Gemeinschaftsförderung bei.

b) *Beantwortung der Fragen*

1. Wie sieht das stadtspezifische Konzept der Speziellen Förderung/Schulischen Integration der Geleiteten Schulen Stadt Olten aus?

Das provisorische Konzept für die Spezielle Förderung in Olten wurde im Mai 2010 den Teilnehmern der Startveranstaltung vom Oktober 2009 zugestellt und an einem Echogruppen-Workshop diskutiert. Hier wurden Rückmeldungen entgegengenommen, die nun in die weitere Projektarbeit einfließen. Das Konzept

beschreibt die Grundzüge und enthält die ersten Entscheidungen betreffend Umsetzung der Speziellen Förderung in Olten. Es basiert auf dem Übergangskonzept, das aktuell in Kraft ist und bezieht die kantonalen Vorgaben sowie die Entscheide der Oltner Steuergruppe (Stadtrat BISPO, Direktionsleiter BISPO, Projektleitung) mit ein. Die Oltner Konzepterarbeitung ist weiter fortgeschritten als diejenige des Kantons. Dies führt dazu, dass die weiteren Schritte im Abgleich mit dem kantonalen Projektfortschritt erfolgen müssen.

Das definitive Konzept wird abgestimmt auf das kantonale Konzept bis Ende des 1. Semesters 2010/2011 vorliegen.

Die Schule Olten hat sich sehr frühzeitig mit der aufkommenden Thematik der Speziellen Förderung befasst, zumal seit mehreren Jahren ISM-Schüler/-innen (ISM = Integrative Sonderpädagogische Massnahmen) des HPSZ an Oltner Regelklassen unterrichtet werden. Die erfolgreiche Praxis, die sorgfältige Konzeptarbeit und die engen Bezüge zur kantonalen Konzeptarbeit versetzen die Schule Olten in eine günstige Ausgangslage. Bei der Umstellung zur Speziellen Förderung ab Schuljahr 2011/2012 starten wir nicht bei Null und wichtige (Vor-) Entscheide der städtischen Strategie werden auch bei Vorliegen der kantonalen Grundlagen Bestand haben.

2. An welcher Referenzgemeinde orientiert sich die Stadt Olten in Sachen Spezielle Förderung/Schulische Integration?

Die Projektgruppe hat ihre Arbeit inhaltlich breit abgestützt. Die folgenden Konzept-Grundlagen wurden beigezogen und studiert: Stadt Zug, Sarnen, Seengen, Schule Beispielwil (Supportangebot des AVK), Übergangskonzept Stadt Olten und weitere. Durch die Ergebnisse aus der Evaluation „Erfahrungsstandort Bifang/ Säli“ (Auswertung der Erfahrungen mit Spezieller Förderung aus dem Schuljahr 2009/2010) ergab sich auch ein sehr konkreter Praxisbezug, der mit einbezogen werden konnte. Auf den genannten Grundlagen hat die Projektgruppe einen auf die spezifischen Oltner Verhältnisse bezogenen Konzeptentwurf erarbeitet.

3. Ab wann oder aufgrund welcher Kriterien qualifiziert sich ein Kind in der Stadt Olten für das Gefäss der Speziellen Förderung/Schulischen Integration?

Ab Schuljahr 2011/2012 gibt es keinen eigentlichen Status „Spezielle Förderung“ mehr, der bisher einzelnen Schüler/-innen auf der Basis einer schulpsychologischen Abklärung zusätzliche Unterstützung zugeteilt hat. Künftig erhält die Schule Olten einen Pensenpool, aus dem die Ressourcen an die einzelnen Klassen durch die Schulleitung zugewiesen werden. Die Zuweisung der Ressourcen ergibt sich aus der Klassenzusammensetzung (soziale Durchmischung, Leistungssituation) und beruht auf Erfahrungen und Einschätzungen der Lehrpersonen und der schulischen Heilpädagogen. Die Zuweisung von Ressourcen durch die Schulleitung entspricht dem Führungsverständnis, wie es im Konzept Geleitete Schule dargestellt ist. Der konkrete Zuteilungsprozess der Ressourcen ist Teil der Projektarbeit und soll nun nach Vorliegen der kantonalen Vorgaben zügig angegangen werden.

4. Wie wird in Olten sichergestellt, dass lernstarke Kinder oder Kinder mit kleineren Defiziten in einer ähnlichen Intensität gefördert werden?

Der Übergang zur Speziellen Förderung ist ein wichtiges Entwicklungsziel der Schule Olten. Bereits im Schuljahr 2009/2010 war das Thema „Umgang mit Vielfalt“

gemeinsamer Nenner in der Unterrichtsentwicklung. Sowohl 2010 als auch 2011 ist die spezielle Förderung Schwerpunktthema.

Weiterbildungsimpulse und die Arbeit in Unterrichtsteams sollen die Lehrpersonen zunehmend befähigen, eine erfolgreiche Berufspraxis im Bereich der Speziellen Förderung zu entwickeln.

Die erfolgreiche Berufspraxis schliesst mit ein, insbesondere auch den begabten Schülerinnen und Schülern erweiterte Angebote innerhalb des regulären Unterrichts zu machen. Zudem können in schülerzentrierten Arbeitsphasen auch externe Angebote berücksichtigt werden

Begabungsförderung findet in Zukunft integriert in der Speziellen Förderung statt. Seit fünf Jahren finanziert die Stadt 16 Lektionen Begabungsförderung in der Primarschule. Die Projektgruppe zieht einen Antrag in Betracht, diese Lektionen in den Pool nehmen können und dadurch mehr Ressourcen auch für diesen Bereich zur Verfügung haben.

5. Wie sieht das Zahlenverhältnis (relativ und absolut) in den Geleiteten Schulen Olten aus zwischen adäquat ausgebildeten und nicht fachgerecht ausgebildeten Heilpädagoginnen und Heilpädagogen?

Die Situation bezüglich Heilpädagogischem Unterricht im Schuljahr 2010/2011 in Olten sieht folgendermassen aus:

Insgesamt werden 69 Lektionen Heilpädagogik erteilt:

- 55 Lektionen durch fertig ausgebildete Lehrpersonen Heilpädagogik,
- 5 Lektionen durch 1 Lehrperson in heilpädagogischer Ausbildung,
- 5 Lektionen durch eine Lehrperson mit dem Ausbildungsschwerpunkt Schulische Heilpädagogik in der Lehrpersonen-Ausbildung,
- 4 Lektionen durch eine Primar-Lehrperson, die durch eine ausgebildete Lehrperson Heilpädagogik unterstützt wird.

Im Schuljahr 2011/2012 werden eine Kleinklasse und voraussichtlich zwei Einführungsklassen aufgelöst. Alle drei Klassen werden jetzt von ausgebildeten oder in Ausbildung stehenden Heilpädagoginnen geführt. Alle sind bereit, nachher integrativ zu arbeiten.

Aus dieser Aufstellung folgt, dass die heilpädagogische Unterstützung in Olten auf gesicherten professionellen Grundlagen erfolgt.

6. Wie stellt die Stadt sicher, dass in den nächsten 5 Jahren nur noch adäquat ausgebildetes Personal oder zumindest ein sehr hoher Prozentsatz davon die Spezielle Förderung/Schulische Integration gestaltet?

Die Direktion BISPO hat die Marktsituation für schulische Heilpädagogik sorgfältig analysiert und setzt dabei auf die Weiterausbildung von geeigneten Lehrpersonen, die bereits in Olten arbeiten. Acht Lehrpersonen stehen aktuell in spezifischen Ausbildungsgängen und werden im Sinn einer proaktiven Massnahme mit Stundenentlastungen und/oder Übernahme der Studiengelder wirksam unterstützt. Die Unterstützung geschieht auf der Grundlage einer Ausbildungsvereinbarung mit einer Verpflichtungszeit.

Mit den dargestellten Massnahmen kann auch der mittelfristige Bedarf an schulischer Heilpädagogik weitgehend durch eigene Lehrpersonen abgedeckt werden. Zudem bestehen in der engen Zusammenarbeit mit dem hpsz, einem heilpädagogischen Kompetenzzentrum, Synergiemöglichkeiten für die Schule Olten.

7. Wie gedenkt der Stadtrat künftig die Bevölkerung im Allgemeinen und die Eltern im Speziellen über solche strategische Entwicklungen wie der Speziellen Förderung/Schulischen Integration in den Geleiteten Schulen Olten zu informieren?

Die Lehrpersonen sind in der Projektgruppe sehr gut vertreten und werden laufend über die Projektfortschritte orientiert. Elternvertretungen haben am Echogruppen-Workshop vom Mai 2010 teilgenommen. Für die an der Umstellung zur Speziellen Förderung beteiligten Klassen an den Schulstandorten Säli, Bifang und Bannfeld wurden spezielle Elternabende durchgeführt.

Die Bevölkerung im Allgemeinen soll dann informiert werden, wenn das Konzept zur Speziellen Förderung vorliegt. Zwischenresultate, die dann auf Grund des Abgleiches mit dem kantonalen Projekt wieder korrigiert oder angepasst werden müssen, schaffen nur zusätzliche Verwirrung in einem anspruchsvollen Thema. Die Direktion BISPO hat die Wichtigkeit der Information erkannt und wird unmittelbar nach Abschluss der Projektarbeit umfassend informieren.

Erste Informationen zur Einführung der Speziellen Förderung sind für das nächste Schulblatt geplant (erscheint im Dezember 2010). Elternabende werden im Mai / Juni 2011 stattfinden.

- - - - -

Stephan Hodonou: Diese Interpellation gilt als beantwortet.

Mitteilung an:
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2011

Akten-Nr. 43/23

Prot.-Nr. 61

Postulat Daniel Dähler (Fdp) und Mitunterzeichnende betr. klimaneutrale Stadtverwaltung bis 2025/Beantwortung

Am 21. Januar 2010 haben Daniel Dähler (FDP) und Mitunterzeichnende folgendes Postulat eingereicht:

„Die Energie wird immer teurer, das bietet riesige Gelegenheiten.“ Richard Branson

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie die Verwaltungstätigkeiten zu organisieren sind, dass sie ab dem Jahre 2025 klimaneutral ausgeführt werden können. Ziel ist es, den gesamten CO₂- und Treibhausgasausstoss der Verwaltungseinheiten sowie der öffentlichen Institutionen mit Leistungsauftrag bis zu diesem Zeitpunkt abzubauen, bzw. dort wo die Reduktion nicht möglich ist oder wirtschaftlich nicht tragbar durch kompensierende Massnahmen wett zu machen.

Dem Gemeindeparlament sind bis Ende 2010 ein Bericht mit Szenarien, einer Empfehlung und ein Umsetzungsplan mit Massnahmen vorzulegen. Bei den Massnahmen soll möglichst das lokale und regionale Gewerbe berücksichtigt werden.

Begründung:

Der Bericht des Weltklimarats (IPCC) über die Erwärmung des Klimas hat grosses Aufsehen erregt. Auch in der Schweiz bekommen wir die Auswirkungen des Klimawandels deutlich zu spüren. Bis zum Jahr 2050 wird die durchschnittliche Temperatur im Sommer um etwa drei, im Winter um ungefähr zwei Grad steigen. Drei Viertel der Gletscher werden bis dann verschwunden sein. Weil im Sommer weniger Regen fällt, droht in gewissen Gegenden Wassermangel.

Im Winter wird es Schneesicherheit nur noch über 2000 Meter Höhe geben. Die Niederschläge werden aber heftiger ausfallen, was die Gefahr von Murgängen, Erdbeben und Überschwemmungen (Aare) erhöht. Der Bericht des Weltklimarats zeigt auf, dass rasches und konsequentes Handeln notwendig ist, um eine noch stärkere Erwärmung des Klimas zu verhindern.

Wir wollen aufzeigen, was möglich ist, unsere Vorbildfunktion wahrnehmen und unseren Beitrag zur Reduktion des CO₂-Ausstosses mit handfesten Massnahmen leisten, wie dies bereits namhafte Unternehmen (Swisscom, Coop, ZKB usw.) in der Schweiz sowie einige kantonale Verwaltungen (Basel-Stadt, Zürich und Luzern) anstreben.

Das Augenmerk darf dabei aber nicht ausschliesslich auf die CO₂-Emissionen gerichtet werden, denn die hohe Abhängigkeit gegenüber fossilen Energieträgern wie Öl oder Erdgas wird viel rascher massive Auswirkungen auf unser direktes Umfeld haben, als die Klimaerwärmung:

Namhafte Wissenschaftler und globale Organisationen (IEA, OECD usw.) sagen voraus, dass die maximal mögliche Erdölförderung in absehbarer Zeit erreicht sein wird resp. Schon erreicht ist. Danach wird die Förderung langsam aber stetig rückläufig sein, was angesichts

des ungebrochenen Energiehunger der Welt zu deutlich erhöhten Preisen führen wird. Aus diesen Gründen kann Olten sehr direkt von den vorgesehenen Massnahmen profitieren, in dem Sie die Abhängigkeit dieser Energieträgern auf ein Minimum beschränkt und so langfristig und nachhaltig Kosten spart.

Desweiteren kann sich die Stadt Olten mit der Umsetzung dieser Massnahmen im Mittelland einen wesentlichen Differenzierungsmerkmal im Standortmarketing erarbeiten, als Wohnstadt sowieso als Arbeitsstadt (bis 2020 wird sich die Wertschöpfung der Cleantech-Branche verzehnfachen auf rund CHF 200Mrd., Quelle Roland Berger Strategy Consultants, Zürich).

- - - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Ernst Zingg** den Vorstoss wie folgt:

Das Ziel, bis ins Jahr 2025 die Verwaltungstätigkeiten klimaneutral auszuführen, ist eine logische Weiterentwicklung der Ziele, welche sich der Stadtrat im Reaudit 2008 zum Energiestadtlabel gesetzt hat. Mit seiner Gebäudestrategie ist der Stadtrat bestrebt, die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft für die öffentlichen Gebäude bis ins Jahr 2050 zu erreichen. Auch mit den „Sofortmassnahmen Energie“ (Dämmung der Estrichböden von Schulhäusern) das Ziel der klimaneutralen Verwaltung zu unterstützen ist richtig und machbar.

Es wird aber eine Frage der finanziellen und personellen Ressourcen sein, ob das Ziel der Klimaneutralität erreicht werden kann. Basel-Stadt hat einen Rahmenkredit für die Jahre 2008-2015 von 33,5 Mio. Fr. beantragt, die Stadt Luzern hat für die Umsetzung des Aktionsplans Luftreinhaltung (welcher aber auch Massnahmen bei der Wirtschaft und den Privaten vorsieht) im Umweltschutzamt eine neue Stelle geschaffen, COOP hat eine neue Stelle und zwei Kompetenzzentren geschaffen.

Auch in der Stadt Olten ist voraussichtlich eine personelle Verstärkung notwendig, denn nicht nur die Umweltfachstelle, welche in einem solchen Projekt die Führung übernimmt, sondern auch alle anderen Abteilungen, welche die diese Strategie mittragen müssen, sind ausgelastet.

Um die Klimaneutralität erreichen zu können, müssen unter Anderem verstärkte Massnahmen in den Bereichen der Mobilität (Mobilitätsmanagement in der Stadtverwaltung und Fuhrpark), Ressourcenverbrauch (z.B. Papier, Baumaterialien, Geräte) und ökologischer Einkauf (Strommix und Energieträger generell) vorgesehen werden. Auch stellt sich die Frage nach den Systemgrenzen: Gehören die Schulen dazu? Wie steht es mit der Regionalen Zivilschutzorganisation, der Feuerwehr? Sind die Arbeitswege der Mitarbeitenden eingeschlossen oder nicht? Welche Auswirkungen haben die verschiedenen Systemgrenzen auf Finanzen und Ressourcen? Auch eine verlässliche Treibhausgasbilanz gehört dazu, um die Prioritäten richtig setzen und die Erfolge kontrollieren zu können.

Diese kurzen Ausführungen zeigen, dass es sich um eine komplexe Strategie handelt, deren Umsetzung die seriöse Ausarbeitung eines Massnahmenplans erfordern würde, was nicht bis Ende 2010 möglich ist. Die Ausarbeitung eines solchen Massnahmenplans, der dem Parlament zum Beschluss vorgelegt werden könnte, würde einen Projektkredit von rund 60'000 Franken erfordern.

In diesem Sinne beantragt der Stadtrat dem Parlament das Postulat zu überweisen.

- - - - -

Daniel Dähler: Besten Dank für die Beantwortung und auch für den Vorschlag zur Überweisung. Das Thema ist wieder relativ aktuell, vor allem im Kontext mit den Ölpreisen. Wir sind fast wieder an der 100-Dollar-Grenze. Inzwischen werden die Fluggesellschaften so weit getrieben, dass sie die Treibstoffzuschläge wieder erhöhen. Das heisst schliesslich, dass es für die Stadt ökonomische Auswirkungen hat. Natürlich sind es nicht nur die finanziellen Ressourcen, die der Vorstoss verbessern möchte, sondern grundsätzlich auch die Dimension der Ökologie und auf der anderen Seite die Vorbildfunktion, vor allem als Differenzierungsmerkmal im Mittellandkuchen, in dem wir uns befinden und uns proaktiv differenzieren können. Die Beantwortung ist relativ kurz gehalten. Ich denke, dass es ein gewisses Indiz auf das vorhandene Know-how ist. Das ist jetzt eine etwas böse Unterstellung. Aber man merkt, dass sicher noch nicht so viel über die ganze Thematik nachgedacht worden ist. Auf der anderen Seite ist sicher auch ins Feld geführt worden, dass es neben der Fragestellung der Systemgrenze zu zusätzlichen personellen Ressourcen führen würde. Bei den personellen Ressourcen ist ganz klar, dass es sehr wahrscheinlich temporär externe Verstärkung braucht. Ich nehme nicht an, dass schon sehr viel Know-how vorhanden ist. Das muss extern eingekauft werden und bedingt nicht unbedingt eine Stellenerhöhung. Ich denke, man könnte auch den Auftrag bei der aktuellen Umweltfachstelle temporär und allenfalls längerfristig etwas anders ausrichten. Man muss ja nicht unbedingt während des ganzen Jahres ein Programm haben, wo es um Besichtigungen von Naturwiesen oder „Wir bauen ein Haus für die Spitzmaus“ geht. Ich denke, hier gibt es auch noch Möglichkeiten und Potenzial, diesen Auftrag etwas anders auszugestalten, der dann vielleicht effektiv noch etwas mehr in die Richtung dieses Vorstosses geht. Über die finanziellen Abhängigkeiten habe ich mich jetzt geäussert. Ich denke, es ist sicher nicht so umfangreich, wie es in Basel sein wird. Wir werden uns nicht mit einer Stadt wie Basel vergleichen können. Da muss etwas gegen unten skaliert werden, dann sind wir auch in einer vernünftigen Grössenordnung, die sich eine Stadt Olten durchaus leisten kann. Betreffend Systemgrenze würde ich die Sache einmal pragmatisch angehen. Bilanzierung nach Scope 1 und 2, das heisst über alle Liegenschaften, welche die Stadt besitzt, Stromverbrauch wie auch die Primärenergie respektive Öl, Gas und Holz zu erfassen und somit die Bilanzierung so zu machen. Themen wie Mobilität, Arbeitsweg, Geschäftsreisen usw. können meiner Meinung nachher in Scope 3 in einer neuen Phase erweitert werden. Diese Freiheit können wir der Verwaltung lassen. Das wird auch das Konzept mit sich bringen. Mit dem Ganzen entsteht natürlich nicht nur zusätzliche Transparenz, sondern es schafft grundsätzlich ein Führungsinstrument, das sich meiner Ansicht nach auch positiv auf die Zukunft auswirken wird. Ich setze noch kurz den Hut als Fraktionssprecher auf. Die FdP-Fraktion wird dies grossmehrheitlich unterstützen. Der einzige „Querulant“, den wir damals in der Fraktion hatten, gehört dem Parlament nicht mehr an. Vielleicht werden wir sogar geschlossen sein.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Auch dies ist ein Vorstoss, der schon ziemlich lange auf der Traktandenliste steht. Er wurde immerhin am 21. Januar, praktisch vor einem Jahr, eingereicht. In der Zwischenzeit hat sich etwas getan. Das kann ich hier sagen. In der zweiten Hälfte des Jahres 2010 haben wir mit externer Unterstützung das Thema

Energieplanung Olten angepackt und nicht auf der Magerwiese, sondern im Energiebereich, obwohl die Magerwiese im Naturbereich wichtig ist, mit allem Respekt vor dieser Thematik. Es geht um die Punkte-Analyse Energiebedarf und Energiepotenzial in dieser Stadt, Wärmeverbund Stadthaus, grundsätzliche energiepolitische Ziele, räumliche Koordination der Wärmeversorgung und den Massnahmenplan dazu. Hier sind sehr viele Arbeiten bereits erledigt worden. Im Budget 2011 ist es sogar schon berücksichtigt. Im Tätigkeitsprogramm des Stadtrates steht, die Energieplanung sei fertig zu stellen und die Analyse abzuschliessen. Es hat etwas mit dem Reaudit des Bereichs Energiestadt zu tun, wo wir ganz sicher Punkte damit holen wollen. Alle energieverantwortlichen Unternehmungen auf dem Platz machen mit, und der Kanton ist sehr an der Auswertung interessiert. Auf diesem Gebiet können wir vermutlich in ein paar Wochen einige Aussagen machen.

Lukas Derendinger, SP-Fraktion: Der Klimawandel ist in aller Munde. Erst gerade im letzten Dezember hat man in Cancún wieder einmal getagt, zwar eher zögerlich, aber doch immerhin neue globale Ziele beschlossen. Man will die Erderwärmung jetzt auf zwei Grad beschränken. Zugegebenermassen ist es wahrscheinlich noch niemandem so ganz klar, wie dies genau umgesetzt werden soll. Trotzdem ist natürlich auch für die SP-Fraktion klar, dass die reiche Schweiz und damit auch die Einwohner, Unternehmen und logischerweise auch wir als Gemeinwesen sich dafür einsetzen sollten oder sogar müssen, damit diese Ziele irgendwie erreicht werden. In diesem Sinne unterstützen wir das Postulat einstimmig. Im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung gehört für uns die vom Stadtrat in seiner Antwort erwähnte Einheit Schulen, Zivilschutz etc. auch dazu. Zumindest müssten sie einmal in einem Massnahmenplan Erwähnung finden, so dass man dannzumal wird entscheiden können, wie weit man diese Systemgrenze auch setzen möchte. Dass es für die Ausarbeitung solcher Massnahmenpläne genügend personelle Ressourcen braucht, ist für uns auch klar. Zumindest wenn wir von Kompensation reden wollen, kann man hier sagen, dass eine grosse in Aussicht steht, nämlich wenn man es dann endlich geschafft hat, bei Heiz-, Benzinkosten usw. einzusparen. Das ist eine Investition in die Zukunft. Einen letzten und nicht weniger wichtigen Punkt möchte ich an dieser Stelle doch noch erwähnen, weil zu den konkreten Massnahmen verständlicherweise noch nichts im Postulat oder in der stadträtlichen Antwort steht. Aus unserer Sicht darf es nicht sein, dass die Stadt Olten zum Schluss ihre CO₂-Ausstösse mit einem wachsenden Konsum von Atomstrom kompensiert, zum Beispiel für Wärmepumpen, Elektrofahrzeuge oder ähnliches. Gegen solch neue und effiziente Technologie ist sicher nichts einzuwenden. Es wäre aber aus unserer Sicht und in der heutigen Zeit das absolut falsche Signal, wenn man sich nicht auch im Strombereich für nachhaltige Energiegewinnung einsetzen würde. Sonst macht man der Bevölkerung nur vor, wir könnten problemlos auf eine andere veraltete, vermeintlich saubere und gefahrlose Technologie umsteigen. Im Gegenteil: Wir finden, dass der Stadtrat und insbesondere die zuständigen Mitarbeiter sich unbedingt auch dahingehend Gedanken machen sollten, wie man die Abhängigkeit auch von russischem Uran reduzieren könnte. Schliesslich gibt es auch andere Städte, die momentan über einen Ausstieg diskutieren, beschliessen oder schon beschlossen haben.

Gert Winter, SVP-Fraktion: Es handelt sich bei der vorliegenden Eingabe zwar „nur“ um ein Postulat, doch wirft es eine Vielzahl von sehr interessanten Fragen auf. Ich beschränke mich allerdings aus Zeitgründen auf einige wenige, politisch relevante Aspekte.

Eines gleich vorweg: Ein nachhaltiger Umgang mit Ressourcen aller Art sowie Kostensenkungsprogramme finden die ungeteilte Unterstützung der SVP. Für erstrebenswert halten wir grundsätzlich auch die klimaneutrale Stadtverwaltung, solange das Ziel nicht in einer idealistisch überhöhten, ökonomisch unsinnigen Weise angestrebt wird. Damit ist auch zugleich gesagt, dass sich diese Stellungnahme lediglich in geringerem Mass auf die stadträtliche Stellungnahme zum Postulat bezieht, zumal dort die Bedeutung der erforderlichen finanziellen Ressourcen nicht einfach ausgeblendet wird. Demgegenüber will der Postulant von klimarelevanten Investitionen nur dann absehen, wenn die angestrebte Reduktion des CO₂- und Treibhausgasausstosses nicht möglich oder wirtschaftlich nicht

tragbar ist. Nun gut. Der Stadtrat wird es mit Erleichterung zur Kenntnis genommen haben, dass wenigstens nicht auch noch das Unmögliche von ihm erwartet wird. Möglicherweise aber nicht viel weniger: Der Ausschluss lediglich von „wirtschaftlich nicht tragbaren“ Investitionen kann nämlich im Kontext der Postulatsbegründung auch so verstanden werden, dass unverhältnismässig hohe Ausgaben, die für die Stadt aber dank konstantem Steuerdruck gerade noch finanziell tragbar sind, getätigt werden sollen. Dazu kämen, wenn die wirtschaftliche Tragbarkeit nicht gegeben wäre, Kompensationsmassnahmen zum Zuge. Das ist entgegen der Argumentation in der Postulatsbegründung eher ein Programm zur Maximierung der Kosten. Ob dabei das ehrgeizige Ziel der klimaneutralen Stadtverwaltung innert Frist erreicht werden kann, wissen wir derzeit nicht, können es aber auch nicht ausschliessen. Mit Sicherheit hingegen werden die klimapolitischen Ziele nicht erreicht. Woran liegt das, und was folgt daraus?

1: Zur Vereinfachung beschränke ich mich im Folgenden auf das wichtigste Treibhausgas, das CO₂. Diesbezüglich ist zunächst einmal anzumerken, dass der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre überall auf der Welt nahezu gleich hoch ist.

2: Das Erdöl, das in den wirtschaftlich fortschrittlichen Ländern eingespart wird, verbleibt nicht im Boden, weil sowohl die Stilllegung als auch die spätere Wiederinbetriebnahme von Ölfeldern mit hohen Kosten verbunden sind.

3: Es bleibt auch deshalb nicht im Boden, weil die rasch wachsenden Bevölkerungen diverser Erdölstaaten, insbesondere aus dem islamischen Krisenbogen, zu einem wesentlichen Teil von einer Ölrente leben, auf die nicht einfach verzichtet werden kann. Das ist nicht weiter verwunderlich, wenn man etwa bedenkt, dass in einzelnen Staaten bis zu 90 % der einheimischen Bevölkerung im Staatsdienst stehen.

4: Das bei uns in den entwickelten Ländern insgesamt eingesparte Erdöl wird dementsprechend trotzdem gefördert, auf dem Spotmarkt verkauft und von den Trittbrettfahrern konsumiert. Da wir mit unseren Anstrengungen die Gesamtnachfrage nach Erdöl reduziert haben, können sie dies auch noch zu einem günstigeren Preis tun, als es der Fall wäre, wenn die Gesamtnachfrage höher wäre. Indirekt wird also durch unsere Anstrengungen zur Reduktion des hiesigen Verbrauchs die Nachfrage in den Entwicklungsländern, allenfalls auch die dortige Verschwendung, stimuliert. Eine mittlerweile bereits jahrzehntelange Erfahrung lehrt, dass der weltweite Verbrauch von fossilen Energieträgern trotz aller Sparbemühungen und -erfolge unverdrossen weiter ansteigt. Und man geht zudem davon aus, dass der moderate Anstieg noch eine Weile weitergeht, bis etwa ins Jahr 2035. Dementsprechend nimmt der Versuch, den Klimawandel durch maximalen Einsatz in den Industrieländern aufzuhalten, den Charakter einer Sisyphus-Arbeit an. Dass es sich dabei nicht um blosser Mutmassungen handelt, stellt eine neue Genfer Studie von Urs Luterbacher und weiteren Autoren des Institut de Hautes Etudes Internationales et du Développement unter Beweis. Dieser Studie zufolge hat sich die globale CO₂-Belastung aufgrund der Umsetzung des Kyoto-Protokolls sogar noch verschlechtert, was mit der kostenbedingten Verlagerung der Industrieproduktion von westlichen Industrieländern nach Südostasien und der dortigen, ineffizienteren Produktion zusammenhängt. In China beispielsweise emittiert der erwähnten Studie zufolge die Industrie vergleichsweise sechseinhalb Mal soviel CO₂ wie in der Schweiz. Das Kyoto-Protokoll gilt folgerichtig bereits heute als globaler Fehlschlag in Bezug auf die klimapolitischen Ziele. Was ist das Ergebnis? Den westlichen Industrieländern bleiben hohe CO₂-Vermeidungskosten sowie der Verlust zahlreicher Industriearbeitsplätze. Um die Überraschung gleich vorweg zu nehmen, die SVP stellt sich unter rationaler Politik etwas anderes vor und lehnt die Bewirtschaftung von Illusionen in der Klimapolitik ab. Ohnehin drängt sich der Eindruck auf, dass es bei der Klimapolitik um alles andere als die Umwelt geht. Ich darf in diesem Zusammenhang den politisch unverdächtigen Ökonomen Ottmar Edenhofer zitieren. dem grosser Einfluss im berühmten Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) zugeschrieben wird. 1. Zitat: „Man muss sich von der Illusion frei machen, dass internationale Klimapolitik Umweltpolitik ist“. 2. Zitat: „Man muss ganz klar sagen: Wir verteilen durch die Klimapolitik de facto das Weltvermögen um“. Daher wundert es uns auch nicht, dass die vormaligen Exponenten der POCH, welche sich

früher mit der PdA einen Ideenwettbewerb um die politisch abwegigsten und kontraproduktivsten Lösungen geliefert haben, heute in der Schweiz den grünen Diskurs in qualitativer Hinsicht prägen.

5: Es bleibt die Frage zu beantworten, was eine konsequente Umsetzung des Postulats für die Stadt Olten bedeutet. Im besten Fall können sich die Behörden in Olten im Jahr 2025 dazu beglückwünschen, die klimaneutrale Stadtverwaltung realisiert zu haben und persönliche Schuld für das, was als Verschlechterung des Klimas gilt, weit von sich weisen zu können. Eine Frage bleibt allerdings: wie viel darf uns die Ruhigstellung des umweltpolitischen Gewissens kosten? Faktisch läuft die derzeit favorisierte Klimapolitik doch weitgehend darauf hinaus, nicht marktfähige Produkte hoch zu subventionieren. In Deutschland beispielsweise wurde innert zehn Jahren allein für die Förderung der Photovoltaik der stolze Betrag von 53,272 Milliarden Euro aufgewendet. Damit ist es gelungen, den Anteil der Solarenergie an der deutschen Stromproduktion auf ganze 0,6 % anzuheben. Dabei sollte man nicht vergessen, dass eine alternative Energiegewinnung die Erstellung weiterer traditionelle Energiewerke in keiner Weise überflüssig macht, weil eine ausreichende Stromproduktion dann zur Verfügung stehen muss, wenn Strom nachgefragt wird, unabhängig davon, ob zu dieser Zeit der Wind gerade genügend stark bläst oder die Sonne scheint. Das gilt wenigstens solange, als die Bevölkerung nicht wirklich zurück zur Natur will. Im Übrigen sollte man den Tunnelblick auch nicht nur auf die von grünen Politikern in Aussicht gestellten zusätzlichen Arbeitsplätzen richten, sondern auch diejenigen in die Betrachtungsweise einbeziehen, die aufgrund einer solchen Politik verschwinden; dann sieht die Bilanz signifikant anders aus.

6: Andererseits ist aus unserer Sicht auch unbestritten, dass die Alternative zu einer wirklichkeitsfremden, idealistischen Umweltpolitik nicht im Nichtstun bestehen kann. Wir sehen den entscheidenden Ansatz in der Optimierung des Ressourcenverbrauchs und namentlich in der Minimierung der damit verbundenen Kosten, unabhängig davon, ob das Idealziel der klimaneutralen Stadtverwaltung allenfalls erst einige Jahre oder Jahrzehnte später erreicht wird. Die Stadt Olten sollte, analog einer gewinnorientierten, privatwirtschaftlich tätigen Firma, nur diejenigen Investitionen vornehmen, die in absehbarer Zeit, das heisst nicht erst am St. Nimmerleinstag, profitabel sind. Analoges gilt in Bezug auf die Anstellung zusätzlichem Personals. Zwecks Kostenersparnis wäre unserer Meinung nach auch eine weitgehende Zusammenarbeit mit anderen Städten ins Auge zu fassen, weil die Probleme wohl überall ähnlich sein dürften. Demgegenüber sollten wir den gleichermassen heroischen wie vergeblichen und kontraproduktiven Versuch, die Welt vor dem Klimawandel zu retten, ebenso anderen überlassen wie den damit verbundenen allgemeinen Wohlstandsverlust. Die mit einer solchen Politik eingesparten Gelder könnten nämlich auch sinnvoll eingesetzt werden, beispielsweise zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels, Kosten also, die nach dem Gesagten unvermeidlicherweise anfallen.

Die SVP Stadt Olten empfiehlt Ihnen dementsprechend, das Postulat nicht zu überweisen.

Patrick Kissling: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion ist grossmehrheitlich für Überweisung des Postulats. Die Vision, dies bis 2025 zu erreichen, ist extrem ehrgeizig, wenn nicht sogar unmöglich, aber zumindest ökonomisch zu hinterfragen. Eine Machbarkeitsstudie der Stadt Basel zum gleichen Thema hat aufgezeigt, dass eine klimaneutrale Stadtverwaltung grundsätzlich möglich ist, geht aber von einem Zeithorizont von 25 Jahren aus. Diese Zeitspanne ist nötig, dass die Umsetzung, unterstützt von den periodisch geplanten Gebäudesanierungen, auch bezahlbar wird. Die klimaneutrale Stadtverwaltung wird auch in der Stadt Basel nur in Kombination mit einer CO₂-Kompensation mittels Reduktionsprojekten in den Entwicklungsländern erreicht werden können. Hier stellt sich die Frage, ob dies volkswirtschaftlich Sinn macht. Gezielte Anreize, um private Liegenschaftsbesitzer in der Stadt Olten für Energieeffizienzmassnahmen zu gewinnen, würden einerseits die Unternehmungen in der Region stärken und andererseits die schleppende Gebäudeerneuerung beschleunigen., was sich positiv auf das Stadtbild und Image auswirken würde. Deshalb fordern wir den Stadtrat auf, bei der Ausarbeitung eines Massnahmenplans

realistische, aber auch kreative Massnahmen auszuarbeiten, die für die Stadt Olten tragbar und für das lokale Gewerbe und die Liegenschaftsbesitzer förderlich sind.

Patrick Weibel: Das Anliegen des Vorstosses findet auch bei uns Grünen eine breite Unterstützung. Wir sind der Meinung, dass sich die Energiesituation in den kommenden Jahren noch stark verändern und auch die Klimaproblematik an Bedeutung noch zunehmen wird. Es ist darum richtig, wenn die Stadt Olten als vorbildliches Beispiel voran gehen will. Die Thematik ist in der Tat sehr komplex, auch wenn ich jetzt nicht zu einem geopolitischen Rundumschlag ausholen möchte. Aber ich kenne die konkrete Komplexität vor Ort aus meinem beruflichen Alltag bestens, denn es wird nicht einfach sein, bestehende Energieträger zu ersetzen. Mit der Gebäudestrategie hat die Stadt Olten einen guten Weg in die Richtung der 2'000-Watt-Gesellschaft eingeschlagen, sich damit bisher aber auch auf einen vergleichsweise einfachen Bereich beschränkt. Andere Bereiche wie Mobilität werden zu einer bedeutend grösseren Knacknuss werden. Wir teilen die Ansicht des Stadtrates, dass die Ausarbeitung eines Massnahmenplans und einer Strategie im Bereich des Klimaschutzes kein einfaches Unterfangen ist, sondern eine gründliche und fundierte Arbeit erfordert, wo offenbar ein Teil auch schon erfolgt ist. Dazu oder spätestens in der konkreten Umsetzung braucht es zusätzliche personelle Ressourcen. Das ist nötig und für uns auch klar. Wir haben bereits bei der Umverteilung der Stellenprozente von der Umweltfachstelle zum Rechtskonsulenten darauf hingewiesen. Der Stadtrat wirft in seiner Antwort einige wichtige Fragen auf. Wo sind die Systemgrenzen? Welche Organisationseinheiten sollen bei der Klimaneutralität mit einbezogen werden und welche nicht? Wir sind der Meinung, dass zu diesen Fragen Varianten innerhalb des Massnahmenplans aufgezeigt werden sollen. Was bedeutet es, wenn die Schulen dabei sind oder eben nicht? Was bedeutet es, wenn man die Arbeitswege der Mitarbeitenden mitberücksichtigt oder eben nicht? Wenn man sich dann mit dem Inhalt des Vorstosses auseinandersetzt, darf man auch weitere Aspekte jenseits der Energie- oder CO2-Frage nicht vergessen und sollte, wie es in der Antwort schon angetönt ist, auch über Ressourceneffizienz im Allgemeinen nachdenken. Auch muss man vielleicht überlegen, wie man das aufgegriffene Schlagwort der 2'000-Watt-Gesellschaft ausserhalb des Gebäudebereichs und auch ausserhalb der Stadtverwaltung in Angriff nehmen kann. Über kurz oder lang müssen wir uns wohl auch mit dieser Thematik auseinandersetzen. Mit all diesen Überlegungen unterstützt die Grüne Fraktion das Postulat und wird es überweisen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Ich möchte keinen Kommentar zu diesen Kommentaren und auch nicht zum Abstimmungsergebnis, das noch kommen wird, geben. Es geht mir um eine Effizienzsteigerung. Ich habe Gert Winter wirklich sehr, sehr konzentriert zugehört. Wir wären Dir namens der Stadtkanzlei dankbar, wenn Du uns den Text geben könntest. Jemand muss dies nämlich nachher in ein Protokoll verarbeiten. Ab Band abzuhören ist nicht so einfach, wie wenn der Text übernommen werden kann. Das gilt im Übrigen für alle, die längere Referate halten. Es ist eine Effizienzsteigerung für die Protokollführung. Wenn es schriftlich abgegeben werden kann, ist dies eine Hilfe. Vielen Dank.

Theo Schöni: Wir haben jetzt die Anforderungen, welche die Stadtverwaltung zur Thematik KINE hat, gehört. Ich möchte, nicht in Eigenwerbung, auf die momentane Ausstellung in Basel unter dem Titel „Zwei Grad – das Wetter, der Mensch und sein Klima“ hinweisen. Unter anderem geht es uns alle etwas an. Es gibt Tipps „für ein klimafreundliches Verhalten“ für jede Frau und jeden Mann.

Beschluss

Mit 38 : 6 Stimmen bei 0 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2011

Akten-Nr. 3/13, 16/3, 16/22

Prot.-Nr. 62

Motion GPK für auftragsorientierte Kompetenzen der GPK/Beantwortung

Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) hat am 23. Februar 2010 folgende Motion eingereicht:

„Soll die Geschäftsprüfungskommission ihren gesetzlichen Auftrag wahrnehmen und die Kontrolle sowie die Büroaufsicht über die gesamte Verwaltung und die Verwaltungstätigkeiten ausüben können, muss sie mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattet werden. Im Rahmen der Aufarbeitung von Olten SüdWest wurde festgestellt, dass die Kompetenzen, Rechte und Pflichten der GPK nur ungenügend geregelt sind. Der Stadtrat wird deshalb aufgefordert, eine Vorlage auszuarbeiten, welche auftragsorientiert die Kompetenzen, Rechte und Pflichten der GPK regelt.

Begründung der Motion

Bei der Vorbereitung und Planung der Aufarbeitung Olten SüdWest hat die GPK feststellen müssen, dass sie zwar gemäss Art. 31 Abs. 2 lit. e GO die Aufgabe hat, die Verwaltungstätigkeit zu kontrollieren, ihr aber teilweise die diesbezüglichen Kompetenzen fehlen. Nicht oder nur unvollständig geregelt sind die Kompetenzen der GPK insbesondere bezogen auf die Rechte und Möglichkeiten, Akten einzusehen und Personen zu Gesprächen vorzuladen.

Die Geschäftsprüfungskommission hat zwar eine Arbeitsrichtlinie erlassen (am 9. Juni 2004). Sie kann sich selber aber keine Rechte geben. Das Erteilen von Kompetenzen (Erlass eines Geschäftsreglements der GPK, Änderung der Gemeindeordnung etc.) hat den dafür vorgesehen Prozess zu durchlaufen.

Es muss festgestellt werden, dass die Kompetenzen, Rechte und Pflichten der GPK nicht bzw. nur ungenügend geregelt sind. Es ist insbesondere nicht klar, ob und wie die GPK Einsicht in Berichte, Unterlagen und Dokumente der Verwaltung nehmen kann (Akteneinsichtsrecht bzw. Editionsspflicht) sowie Stadträte, Verwaltungsfachleute, Sachbearbeiter und Angestellte der Verwaltung befragen kann (Befragungsrecht bzw. Zeugenpflicht).

Um die Oberaufsicht und die Kontrolle der Verwaltung und deren Tätigkeiten ausüben zu können, muss der GPK ein Inspektionsrecht zugestanden werden. Die Kompetenz, Besichtigungen vornehmen und Inspektionen durchführen zu können, fehlt aktuell aber gänzlich.“

- - - - -

Stadtpräsident Ernst Zingg beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Debatte zum Thema Olten SüdWest hat aufgezeigt, dass es punkto Kompetenzen, Rechte und Pflichten der GPK, wie sie heute in der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Olten definiert sind, einen Klärungsbedarf gibt. Den gesetzlichen Rahmen dazu bildet das Gemeindegesetz; eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung untersteht der Volksabstimmung.

Nach Ansicht des Stadtrates ist es indessen wenig förderlich, wenn nur einer Seite, nämlich dem Stadtrat, der Auftrag zur entsprechenden Anpassung der Gemeindeordnung gegeben wird. Er schlägt daher die Bildung einer Spezialkommission vor, zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern der GPK, des Parlamentsbüros und des Stadtrates (beispielsweise je Präsidium und Vizepräsidium) sowie Stadtschreiber und Rechtskonsulent.

In diesem Sinne empfiehlt der Stadtrat dem Parlament die Überweisung der Motion.

- - - - -

Dr. Rudolf Moor: Das Geschäft war natürlich in der GPK nicht wie ein normales Geschäft traktandiert. Ich rede jetzt hier fast wie ein Fraktionssprecher für die GPK. Aber was ich sage, haben die Mitglieder der GPK gesehen. Einfach, damit es formal klar ist: Ich habe nicht die gleiche Rolle wie ein GPK-Sprecher, der sonst zu einem Geschäft spricht. Die GPK dankt dem Stadtrat für den Umsetzungsvorschlag, der in ihrem Sinne ist, und auch für den Antrag auf Überweisung. Mit dem Vorschlag, eine Spezialkommission einzusetzen, ist die GPK einverstanden. Auch die vorgeschlagene Zusammensetzung erscheint ihr vernünftig. Selbstverständlich unterstützt die GPK deshalb die Überweisung und wünscht, dass die Spezialkommission die Arbeit möglichst bald aufnehmen kann. Wir fänden es sinnvoll, wenn die Arbeit so geplant werden könnte, dass die Regelungen noch in dieser Legislatur abgeschlossen werden könnten. Das scheint uns vor allem auch im Hinblick auf die ganzen Kompetenzen, die nachher wahrscheinlich neu geregelt werden, sinnvoll.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Wir sprechen gleich zu beiden Motionen. Wenn jene der GPK überwiesen wird, dann wäre ja eigentlich die Motion von Christian Werner nicht mehr nötig, denn sein Anliegen ist ja in jenem des GPK-Vorstosses enthalten. Wir haben uns darüber gewundert, dass ein GPK-Mitglied nur gerade vier Wochen nach der Kommission einen Einzelvorstoss nachschiebt, der letztlich auf dasselbe hinausläuft. Damit wird Verwaltung, Stadtrat und Parlament unnötig beschäftigt. Zum Inhaltlichen: Wir unterstützen die GPK-Motion voll und ganz. In der Tat ist bisher nicht geregelt, wie die GPK ihre Aufgabe, die Verwaltungstätigkeit zu kontrollieren, wahrnehmen soll. Wir finden auch richtig, dass eine Spezialkommission eingesetzt wird. Wir regen zudem an, dass in dieser Spezialkommission eine Vertretung des Kantons oder einer Vergleichsstadt Einsitz nehmen kann, die Erfahrungen mit Verwaltungscontrolling durch ein Milizgremium haben. Wir unterstützen also die Überweisung der GPK-Motion, und danach auch die Motion Werner, sofern sie nicht in der Zwischenzeit zurückgezogen wird.

Christian Werner: Ich spreche auch zu beiden Geschäften, kann aber bereits jetzt sagen, dass ich meine Motion nicht zurück ziehen werde, weil sie natürlich in die gleiche Richtung geht, aber schon noch zwei, drei Unterschiede beinhaltet.

Zur Motion GPK:

Für uns ist sie unbestritten. Wir werden sie einstimmig unterstützen bzw. ihr zustimmen. Der Grund dafür liegt auf der Hand: Sie geht in dieselbe Richtung wie unsere, die als nächstes

traktandiert ist. Der Unterschied ist, dass unser Vorstoss konkretere Forderungen enthält und schon einen gewissen Rahmen vorgibt. Trotzdem können wir aber mit gutem Gewissen der Überweisung der GPK-Motion zustimmen. Der einzige Punkt, der bei uns in der Fraktion umstritten gewesen und diskutiert worden ist, ist die Frage, ob es dafür eine eigene Spezialkommission braucht oder ob nicht die Verwaltung in die Pflicht nehmen müsste oder sollte, um eine eigene Vorlage auszuarbeiten und diese dem Parlament vorzulegen. Ich persönlich hatte eigentlich den zweiten Weg bevorzugt, weil ich bezweifle, ob es dafür eine Spezialkommission braucht. Die Fraktion kann aber mit dem vorgeschlagenen Weg leben. Ich glaube, dass die vagen Forderungen der GPK so an Konturen gewinnen können und zu einer besseren Aufsicht beitragen.

Jetzt komme ich zu unserer Motion:

Es ist das gleiche Thema, aber unsere Motion ist konkreter und gibt eine Richtlinie vor. Im Wesentlichen sind es zwei Unterschiede: Erstens: Ich habe es in der Begründung geschrieben: Gemäss Art. 21 der Gemeindeordnung hat das Gemeindeparlament die Aufgabe, „den Stadtrat und die Verwaltung zu beaufsichtigen“. Art. 23 lit. d GO konkretisiert diesen Grundsatz zusätzlich, indem er die „Ausübung der Oberaufsicht über alle Gemeindeorgane“ als eine Befugnis bezeichnet, die das Parlament zwingend wahr nehmen muss und nicht abtreten oder übertragen kann. Der Stadtrat ist ein Gemeindeorgan. Folglich muss auch die Aufsicht über den Stadtrat - so wie ich dies im Motionstext geschrieben habe - und nicht nur diejenige über die Verwaltung - wie dies die GPK-Motion schreibt - mit einbezogen werden. Und für diese Aufsicht kommt logischerweise nur die GPK in Frage. Das ist klar. Zweitens: Ich habe es wegen der konkreten Forderung vor allem betreffend gesetzliche Grundlage angesprochen. Uns ist wichtig, dass der Satz „beantragen deshalb, dass der GPK umfassende Kompetenzen analog einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) resp. Parlamentarischen Aufsichtskommission auf Bundesebene eingeräumt werden“ aufgenommen wird. Dieser Punkt scheint uns wichtig und sollte unseres Erachtens mit in die Spezialkommission genommen werden. Zum Schluss möchte ich zu Händen des Protokolls sagen, dass meine Motion unkorrekt abgeschrieben wurde, nicht dass, wenn man sie nachher in die Spezialkommission nimmt, gedacht wird, ich hätte etwas zu viel getrunken, bevor ich dies geschrieben habe. In der Begründung steht im zweiten Absatz: „Dem Oltnen Parlament kommt also unmissverständlich die Aufgabe zu, den Stadtrat und die Verwaltung wahr zunehmen hat“. Dort müsste ein „zu beaufsichtigen“ hinein statt „wahrzunehmen hat“ stehen. Im darauffolgenden Satz fehlt ein „der“. Wir werden beide Motionen einstimmig überweisen.

Urs Knapp: Die FdP ist auch für Überweisung, sowohl der GPK-Motion wie auch der praktisch gleich lautenden Motion Christian Werner. Die Mitglieder der GPK haben bei der Untersuchung Olten SüdWest gemerkt, dass ihre Kompetenzen für diese Aufgabenstellung nur teilweise genügend sind. Die Parlamentsmitglieder haben es zum Teil auch mitbekommen. Ich denke hier an die unsägliche Debatte oder Auseinandersetzung mit dem Stadtrat, ob man das Protokoll der Retraite sehen oder nicht sehen darf. Man hat am Schluss nach etlichem „Gstürm“ eine Lösung gefunden. Hier muss es klar eine Regelung geben, welches die Aufgabe eines Kontrollorgans ist und welche Möglichkeiten und Kompetenzen es hat. Letztlich wird dies auch dazu führen, dass man überdenkt, wo heute die Gewichtung ist, die Aufgaben zwischen Exekutive und Legislative sind, wie auch die Legislative als Vertreter des Volkes stärken kann. Schliesslich geht es auch um einen Kompetenzgewinn des Volkes. Ich denke, das ist auch eine Aufgabe, welche die Spezialkommission prüfen müsste. Wir sind der Meinung, es sei wichtig, dass es eine Spezialkommission ist und man es nicht der Verwaltung delegiert, und zwar genau aus diesem Grund. Es macht wenig Sinn, eine pfannenfertige Vorlage zu erhalten, dazu ja oder nein oder etwas dazwischen sagt, sondern wir als Volksvertreter sollen an dieser Vorlage mitarbeiten können, wir sollen die Schwerpunkte setzen können und auch versuchen, dies umzusetzen. Wie es Ruedi Moor als GPK-Sprecher gesagt hat, denken auch wir, dass diese

Arbeiten zügig voran gehen müssen. Die neuen Spielregeln sollten zu Beginn der neuen Amtsperiode in Kraft sein.

Heidi Ehram: Die CVP/EVP/GLP-Fraktion wird auch beide Motionen einstimmig überweisen, und ich kann mich den Ausführungen der Vorredner eigentlich voll und ganz anschliessen. Noch eine persönliche Bemerkung zur Spezialgruppe: Dort steht, dass beispielsweise der Präsident und der Vizepräsident Einsitz nehmen sollten. Ich finde dies gut. Vizepräsident der GPK ist Christian. Er ist sehr mit der Materie vertraut und wird hier sein Wissen und seine Fähigkeiten einbringen können. Ob ich als jetzige Präsidentin hier noch Einsitz nehme, da mein Präsidialjahr dann vorbei sein wird, ist ja dann zweitrangig. Vielleicht gibt es noch geeignetere Personen in der GPK.

Ramazan Balkaç: Die SP-Fraktion ist grossmehrheitlich für Überweisung dieses Geschäftes.

Beschluss

Einstimmig wird die Motion überwiesen.

Mitteilung an:
Direktion Präsidium/Herr Markus Dietler
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2011

Akten-Nr. 16/1, 16/6

Prot.-Nr. 63

Motion Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Ausbau der Aufsichtsinstrumente/Beantwortung

Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende haben am 25. März 2010 folgende Motion eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt, die Gemeindeordnung dergestalt zu ändern, dass dem Gemeindeparlament für die Wahrnehmung seiner Aufsicht über den Stadtrat und die Verwaltung angemessene Mittel zu Verfügung stehen. Insbesondere soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die es der GPK erlaubt, künftig umfassende Abklärung gegenüber allen involvierten Stellen zu tätigen. Der Entwurf ist dem Gemeindeparlament vorzulegen.

Begründung:

Gemäss Art. 21 der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (nachstehend GO genannt) hat das Gemeindeparlament die Aufgabe, „den Stadtrat und die Verwaltung“ zu „beaufsichtigen“. Art. 23 lit. d GO konkretisiert diesen Grundsatz zusätzlich, indem er die „Ausübung der Oberaufsicht über alle Gemeindeorgane“ als eine dem Parlament unübertragbare Befugnis bezeichnet. Der Stadtrat ist gemäss Art. 4 GO zweifellos ein Gemeindeorgan.

Dem Oltner Parlament kommt also unmissverständlich die Aufgabe zu, den Stadtrat und die Verwaltung zu beaufsichtigen. Fraglich bleibt indes, mit welchem Instrument es seine Aufsicht wahrzunehmen hat. Zwar besteht eine Geschäftsprüfungskommission (GPK), die gestützt auf Art. 31 Abs. 3 lit. e GO die Verwaltungstätigkeit kontrollieren soll. Allerdings werden GPK keine Mittel eingeräumt, die eine umfassende und effektive Kontrolle erlauben würden.

Die heutige Situation führt zum stossenden Ergebnis, dass das Parlament den Stadtrat und die Verwaltung beaufsichtigen muss, dafür aber keine geeigneten Mittel zur Verfügung hat. Dies muss geändert werden. Die Motionäre beantragen deshalb, dass der GPK umfassende Kompetenzen analog einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) resp. Parlamentarischen Aufsichtskommission auf Bundesebene eingeräumt werden (Siehe Bundesgesetz über die Bundesversammlung vom 14. Dezember 2002, SR 170.10). Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die GPK ohne umfassende Befugnisse in Bezug auf die Einsichtnahme in die Dokumente, Befragungen und Abklärungen nur schwerlich seine Pflichten wahrnehmen kann. Mit der Schaffung einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage, würde dem Parlament das für die Aufsicht notwendige Instrument in die Hand gegeben.

Im Weiteren wäre es zu begrüssen, wenn die Mittel, welche dem Parlament zur Wahrnehmung seiner Aufsicht zur Verfügung stehen, künftig in der GO aufgezählt würden.“

- - - - -

Stadtpräsident Ernst Zingg beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Debatte zum Thema Olten SüdWest hat aufgezeigt, dass es punkto Kompetenzen, Rechte und Pflichten der GPK, wie sie heute in der Gemeindeordnung der Einwohnergemeinde Olten definiert sind, einen Klärungsbedarf gibt. Den gesetzlichen Rahmen dazu bildet das Gemeindegesetz; eine entsprechende Änderung der Gemeindeordnung untersteht der Volksabstimmung.

Nach Ansicht des Stadtrates ist es indessen wenig förderlich, wenn nur einer Seite, nämlich dem Stadtrat, der Auftrag zur entsprechenden Anpassung der Gemeindeordnung gegeben wird. Er schlägt daher die Bildung einer Spezialkommission vor, zusammengesetzt aus Vertreterinnen und Vertretern der GPK, des Parlamentsbüros und des Stadtrats (beispielsweise je Präsidium und Vizepräsidium) sowie Stadtschreiber und Rechtskonsulent.

In diesem Sinne empfiehlt der Stadtrat dem Parlament die Überweisung der Motion.

- - - - -

Beschluss

Mit 43 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion überwiesen.

Mitteilung an:
Direktion Präsidium/Herr Markus Dietler
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 27. Januar 2011

Akten-Nr. 51/15

Prot.-Nr. 64

Motion Anna Engeler und Myriam Frey (GO) betr. Würdigung an den erfolgreichsten Sportler der Stadt Olten

Anna Engeler und Myriam Frey (GO) haben am 24. Juni 2010 folgende Motion eingereicht:

„Unserer Fussball-Nationalmannschaft ist mit dem Sieg gegen Spanien am vergangenen Mittwoch etwas gelungen, von dem noch viele Jahre gesprochen werden wird. Dies unabhängig davon, wie die WM 2010 ausgeht für das Schweizer Team. Der Captain der Nationalmannschaft während dieses historischen Spiels war der Oltner Gökhan Inler. Gökhan Inler dürfte somit einer der erfolgreichsten Sportler sein, die unsere Stadt bisher hervorgebracht hat.

Die Motionärinnen beauftragen den Stadtrat, diese sportliche Leistung gebührend zu würdigen. Dafür gäbe es zahlreiche Möglichkeiten: als Anregung seien ein paar aufgeführt, die wic ggf. auch kombinieren lassen.

- Ein Gedenktafel an geeigneter Stelle
- Einen grossen Empfang für den Sportler
- Das Ausschreiben eines „Gökhan Inler“-Sportpreises oder – Stipendiums
- Die Benennung eines Sportanlasses nach Gökhan Inler
Etc. etc.

Es wäre wünschenswert, die Art der Ehrung so schnell wie möglich zu bestimmen und breit anzukündigen. Stattfinden, resp. Ausgeführt werden kann sie problemlos auch später im Jahr.“

- - - - -

Die Antwort wurde nur mündlich erteilt.

Myriam Frey Schär: Es ist schön, dass das Geschäft doch noch behandelt wird, solange Gökhan Inler seine aktive Laufbahn bestreitet. Eigentlich ist es in diesem Sinne „gegessen“. Das ist so. Wir haben diesen Vorstoss damals eingereicht, weil wir fanden, dass der Captain der Nationalmannschaft an einer WM wahrscheinlich punktuell das Erfolgreichste ist, was in Olten je ein Sportler gemacht hat. Wir wollen ja explizit nicht Gökhan Inler für sein Lebenswerk auszeichnen, sondern wir fanden einfach, es sei etwas Tolles, woran wir auch einmal etwas Freude haben können. Die Ehrung, wie wir sie gefordert hatten, hat stattgefunden. Dies übrigens zu seiner grossen Freude. Wir hören, es sei ein signiertes Leibchen nach Olten unterwegs. Wir plädieren dafür, dass die Motion überwiesen und abgeschrieben werden kann unter der Bedingung, dass dieses Leibchen, ein Foto der Ehrung oder irgend etwas an einem publikumswirksamen Platz im Stadthaus aufgehängt

wird. Das muss nicht unbedingt in der Eingangshalle sein. Aber einfach, um zu sagen: Es hat statt gefunden.

Stadtrat Mario Clematide: Nicht nur das Geschäft ist „gegessen“, sondern wir sind auch mit Gökhan Inler, dem ehemaligen Lehrer und weiteren gebetenen und vielleicht auch ungebetenen Gästen essen gegangen. Er hatte Freude, auch am Bild. Wir haben hoffentlich Freude, wenn das Leibchen kommt. Wenn es unterschrieben kommt, werden wir dies gebührend öffentlich bekannt machen. Ich bin dankbar, dass Ihr die Motion als erfüllt abschreiben wollt.

Andreas Schibli: Myriam, wenn Du das Leibchen so gespannt erwartest: Im Frohheim-schulhaus hängt eines mit einer persönlichen Unterschrift und einer Widmung für das Frohheimschulhaus. Sonst lade ich Dich gerne zu mir nach Hause ein. Ich habe auch eines mit einer persönlichen Widmung an mich.

Beschluss

Die Motion wird als erfüllt zurück gezogen.

Mitteilung an:
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

Parlamentspräsident Heinz Eng: Es verbleiben zehn Vorstösse. Wir werden, vor allem wenn in den Frühjahrssessionen wieder Sachgeschäfte kommen, nicht umhin kommen, noch einmal eine zweite Sitzung einzuschalten. Ich danke Euch für all Eure Voten und wünsche Euch eine gute Heimkehr und eine gute Nacht.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.